

Halbjährlicher Abonnements-Preis  
für Halle und unsere unmittelbaren  
Abnehmer: 22 1/2 Sgr. Durch die resp.  
Post-Anstalten überall nur:  
26 1/4 Sgr.

# Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-  
genommen: In Leipzig in der  
Buchhandlung von S. Kirchner,  
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.  
In Magdeburg in der Kreuz-  
schen Buchhandlung, Breiten-  
weg No. 156.

Hallische  
für Stadt



Zeitung  
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N<sup>o</sup> 70.

Halle, Sonnabend den 24. März  
Hierzu eine Beilage.

1849.

## Deutschland.

**Berlin, d. 21. März.** Aus den Kopenhagener Zeitungen ersieht man, daß das Gerücht wegen Abschließung des Friedens daselbst allgemein verbreitet war. „Fädreland“ bezweifelt es aus dem Grunde, weil dem Reichstag keine darauf bezügliche Mittheilung gemacht und den in den letzten Tagen abgegangenen Truppen keine Kontreordre ertheilt worden sei. Wie wir hören, ist unseren Truppen, die vorgestern Befehl erhielten, ihren Marsch zu sistiren, unterdessen Kontreordre zugegangen. Was in mehreren Zeitungen als Vermuthung ausgesprochen wurde, nämlich daß der Waffenstillstand auf 2 oder 3 Monate verlängert worden sei, wird von der A. Z. C. diesen Abend als sichere Thatsache behauptet — wir vermuthen ohne Grund.

**Berlin, d. 22. März.** In der nächsten Sitzung der ersten Kammer wird Graf Dyrn den Minister der auswärtigen Angelegenheiten auffordern: „Der Kammer die Cirkular-Note vom 10. d. M. vorzulegen, und den Inhalt gegen die Kammer zu begründen, so wie zur Beruhigung des Vaterlandes, die Politik, welche das preussische Kabinet in der deutschen Frage gegenüber der österreichischen zu verfolgen gedenkt, der Kammer offen und klar vorzulegen.“ Begründet ist diese Anfrage dadurch, daß die erwähnte Note als eine unzeitige Bereitwilligkeit des diesseitigen Kabinetts, die Vorschläge Oesterreichs auch als Grundlagen zu einer Verständigung mit der frankfurter National-Versammlung gelten zu lassen, erscheint, gegenüber den offenbar gegen Deutschland und Preußen feindseligen Erklärungen, und daß angenommen werden muß, ihr gegenwärtiges Erscheinen werde auf die Beschlüsse der deutschen National-Versammlung nachtheilig einwirken. Bis jetzt hat diese Interpellation Unterstützung von schon 22 Mitgliedern erhalten, unter denen die Namen Milde, Hesse, Kuh, Baumstark, Freiherr v. Wincke, Knoblauch u. bemerkt worden.

Die Ausichten einer friedlichen Lösung der dänischen Frage verdunkeln sich. Abgesehen davon, daß die Sistirung der diesseitigen Truppenmärsche nach den Herzogthümern durch Kontreordre 24 Stunden später zurückgenommen ist, so scheint das dänische Kabinet, gestützt auf Rußland, auf eine Verlängerung des Waffenstillstandes einzugehen nicht gesonnen, ja so-

gar auf eine bis zum 15. April proponirte Waffenruhe noch nicht einmal geantwortet zu haben. Hiernach ist die Angabe der „Difsee-Ztg.“, daß die Erhaltung des status quo bis zum 15. April von Dänemark bereits angenommen sei, zu berichtigen. Ebenso haben wir Ursache, Dänemarks Bereitwilligkeit zu bezweifeln, auf Lord Palmerston's Friedensvorschläge einzugehen. In den Herzogthümern selbst zweifelt man nicht daran, daß es zum Kriege kommt, ebenso in Kopenhagen.

Die Reichsminister v. Gagern und v. Peucker sind zurückgetreten. (D. R.)

**Berlin, d. 23. März.** Se. Hoh. der Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz ist von Neu-Strelitz hier angekommen.

Aus dem Ministerium der geistlichen Angelegenheiten geht uns folgende Mittheilung zu: Seit dem Jahre 1846 ist alljährlich von des Königs Majestät eine entsprechende Summe zur Unterstützung der am geringsten besoldeten Volksschullehrer aus allgemeinen Staatsfonds außerordentlich bewilligt worden. Diese Unterstützung hatte für das Jahr 1848 die Summe von 20,000 Rthlr. betragen, wozu noch aus den disponiblen Fonds des Ministeriums 7000 Rthlr. zugeschossen wurden. In diesem Jahre wurde durch den Haupt-Finanz-Etat für 1849 zu dem beregten Zweck die Summe von 25,000 Rthlr. dem Minister der geistlichen u. Angelegenheiten zur Disposition gestellt. Es ist dem gedachten Minister möglich gewesen, dieser Summe wiederum 5000 Rthlr. aus dem Fonds des ihm anvertrauten Ministeriums zufließen zu lassen. Den verschiedenen königlichen Regierungen ist je nach dem in ihren Verwaltungs-Bezirken vorhandenen Bedürfnis ein entsprechender Theil jener Summe zur Verwendung überwiesen worden. Ob die Verhältnisse es gestatten, wenn der Artikel 23 der Verfassungs-Urkunde noch nicht binnen kürzester Frist zur Ausführung kommen sollte, für die Erhöhung des Einkommens der nicht auskömmlich besoldeten Volksschullehrer aus allgemeinen Staats-Fonds für dieses Jahr noch weitere Verwendungen zu machen, muß einer näheren Prüfung der Finanzlage des Staates vorbehalten bleiben. (Pr. St.-Anz.)

**Posen, d. 20. März.** Eben geht uns die verbürgte Nachricht zu, daß in Folge eingetretener Umstände unsere mobil gemachten Truppen (das 14te Regiment und die 3 Landwehr-

Bataillone) die Provinz noch nicht verlassen, vielmehr die alten Stand-Quartiere bis auf weiteren Befehl behalten sollen.

**Von der Weichsel, d. 16. März.** Aus zuverlässiger Quelle meldet die „Börsen-Halle“ von hier, daß die Russischen Truppen, welche bisher in und bei Mawa, an unserer Grenze, in der Nähe von Neidenburg, ihr Lager hatten, nach Kalisch ausgebrochen sind. Seit einigen Wochen werden die Lieferungen an die Russische Armee in Polen nicht mehr baar, sondern mit Lieferungsscheinen bezahlt. In Warschau sind so viel Soldaten, daß ein Theil derselben auf der Straße bivouakirt. Unter den Deutschen Bewohnern Polens ist die Furcht vor einem Polnischen Aufstande so groß, daß Viele von ihnen an der Preussischen Grenze ihren Aufenthalt nehmen, um bei der ersten Gefahr entfliehen zu können.

**Leipzig, d. 22. März.** Wie erwartet, trafen heute Vormittag der König, Prinz Johann und Prinz Georg von Dresden hier ein und nahmen im Blumenberg ihr gewohntes Absteigequartier. In der Mittagsstunde begaben dieselben sich mit zahlreicher Suite nach dem Exercirplatze, wo der hier concentrirte Theil der nach Schleswig-Holstein bestimmten sächsischen Truppen: vier Schwadronen vom Gardereiterregiment unter Oberstlieutenant Grafen Holtendorf, eine Batterie Fußartillerie von acht Geschützen unter Hauptmann Schneider, das 3. Linieninfanterieregiment Prinz Georg unter Oberst v. Rochhausen, sowie zwei Compagnien des zweiten und zwei Compagnien des dritten Schützenbataillons unter Oberstlieutenant Schubbauer aufgestellt waren. Der König nahm die Parade ab, ließ die Truppen dann defiliren und verabschiedete dieselben unter landesväterlicher Ansprache. Der König und seine Begleiter kehrten dann nach der Stadt zurück und die Truppen marschirten nach ihren Quartieren ab. Der König und die Prinzen wurden von dem zahlreich versammelten Publikum bei der Ankunft wie bei der Entfernung mit lebhaftem Zuruf begrüßt. Zur Freihaltung des nöthigen Raumes und Erhaltung der Ordnung waren einige Compagnien Communalgarde aufgestellt.

**Dresden, d. 22. März.** Tagesbefehl an die nach Schleswig-Holstein befehligte Brigade. Soldaten! Das Vaterland ruft euch, zugleich mit Waffenbrüdern anderer deutscher Armeen, ins Feld! Ihr werdet euch hierdurch geehrt fühlen! Ihr werdet euch bestreben, den Ruhm der sächsischen Waffen aufrecht zu erhalten, welchen euere Vorfahren auf zahlreichen Schlachtfeldern mit ihrem Blute errungen haben. Seid stets eingedenk eueres Eides als brave Söhne des Vaterlandes, seid getreue Kameraden und würdige Waffengenossen der Soldaten anderer deutschen Stämme, gehorsame Untergebene des Oberbefehlshabers, den die deutsche Centralgewalt an die Spitze des Heeres stellen wird. Vergesst aber auch nie, daß neben der Tapferkeit Gehorsam und Bewahrung der Disciplin unerlässlich sind für Erhaltung der kriegerischen Ehre. Prinz Albert, Mein geliebter Nefte, wird euch begleiten; er ist bereit, Gefahren und Anstrengungen mit euch zu theilen. Ich empfehle ihn euere Kameradschaft. Meine besten Wünsche begleiten euch! Friedrich August. Bernhard Rabenhorst.

**Schleswig, d. 19. März.** Der neue Reichscommissär, Schöff Dr. Souchay, hat sich gestern durch Einhandigung eines Schreibens des Reichsministers v. Gagern zu der gemeinsamen Regierung in offizielle Beziehung gesetzt, in dem es heißt:

„Zwar ist die Aussicht noch keineswegs verschwunden, daß vor dem 26. l. M. eine Verlängerung der Waffenruhe und des status quo zu Stande kommen werde, aber alle militärischen und politischen Vorkehrungen müssen für den Fall des Wiederausbruchs der Feindseligkeiten am 26. l. M. ohne Verzug getroffen werden. In Erwägung des Inhalts der von der gemeinsamen Regierung am 25. v. M. an das Reichsministerium gerichteten Erklärung ist daher Schöff Dr. Souchay, als außerordentlicher

Commissär der Centralgewalt, nach Schleswig abgeordnet worden, um für den Fall des Rücktritts der jetzigen gemeinsamen Regierung im Einverständnisse mit derselben und mit der Landesversammlung die nöthigen Einleitungen wegen Einsetzung einer Statthaltertschaft in den Herzogthümern zu treffen. Diese Statthaltertschaft wird die Regierung der Herzogthümer im Namen der Reichsgewalt, mit Vorbehalt der Rechte des Landesherrn, nach den Bestimmungen des in thatsächlicher Wirksamkeit bestehenden Staatsgrundgesetzes bis zum Abschlusse eines Friedens führen.“

Dies Schreiben war von der Regierung sofort dem Präsidenten der Landesversammlung abschriftlich zugestellt worden, welcher dasselbe sodann in der heutigen Sitzung unter den Eingängen zur Anzeige brachte. Der Departementschef des Innern fügte der Mittheilung des Schreibens hinzu, daß der Reichscommissär Dr. Souchay und die gemeinsame Regierung bereit seien, einem von der Versammlung zu erwählenden Ausschusse fernere Mittheilungen zu machen. Ein Ausschuss von 9 Mitgliedern wurde erwählt.

**Altona, d. 20. März.** Unsere Stadt gewann heute wieder ganz das kriegerische Aussehen, welches in den Sommermonaten des verwichenen Jahres sich uns darbot. Mit dem heutigen Tage haben nämlich die Marsche der Reichstruppen in unsere Herzogthümer begonnen, und zwar überschritten zuerst diesen Morgen die schon seit längerer Zeit in Harburg stationirt gewesenen altenburgischen Truppen die Elbe. Es heißt, daß diese ungefähr 1000 Mann starke Truppenmacht bereits morgen nach Rendsburg abgehen und durch eine Abtheilung bairischer Truppen ersetzt werden wird.

Die deutsche Kriegs-Dampffregatte Akadia, welche auf ihrer Reise von Liverpool nach Bremen auf Terschelling an der holländischen Küste festgerathen war, ist mit Hülfe von Booten wieder abgekommen, und wollte nach Berichten aus Amsterdam vom 17. d. M. schon in den nächsten Tagen ihre Reise fortsetzen.

**Gotha, d. 19. März.** Der gestrige Tag ist ruhig über gegangen, obgleich die drohende Sprache anonymer Plakate viele Gemüther mit banger Besorgniß erfüllt und den Herzog bewogen hatte, zu seinem eignen Schutze ungewöhnliche Sicherheitsmaßregeln anzuordnen. Wer indessen die hiesigen Zustände und die hiesige Bevölkerung kennt, der wird an ernstliche Excesse nicht glauben. — Der Regierungsdirektor von Wangenheim, als derzeitiger Chef des herzoglichen Staatsministeriums, hat der Abgeordnetenversammlung folgende offizielle Mittheilungen zugehen lassen: Der Krieg mit Dänemark stehe in naher Aussicht, und es sei von der deutschen Centralgewalt zur Stellung der Operationsarmee ein erstes und zweites Aufgebot für nöthig erachtet worden. Dem ersten Aufgebote werde angehören: 1 königl. preussische Division, 1 königl. hannoversche Brigade mit Einschluß 1 braunschweigischen Batterie, ferner 1 königl. sächsische Brigade, 1 königl. bairische Brigade und eine combinirte Brigade, welche aus Truppencontingenten von Kurhessen, Nassau, Altenburg, Weimar, Meiningen, Koburg-Gotha und den Fürstenthümern Reuß bestehen werde. Zu dieser Truppenmasse treten noch hinzu die schleswig-holsteinische Division und die in Schleswig stehenden Reichstruppen des 8. deutschen Armee-corps. Das zweite Aufgebot werde aus 2 kaiserl. österreichischen Divisionen und 1 königl. preuss. Division bestehen. Die Kosten, welche für den Marsch der Truppen nach Schleswig sich nöthig machen, sollen auf Anordnung des Reichsministeriums von den einzelnen Staaten vorgeschossen und später bei der Reichskasse behufs der Restituirung liquidirt werden. Uebermorgen (21. März) wird denn nun unser Bataillon (welches aus  $\frac{7}{10}$  gothaischen und  $\frac{3}{10}$  koburgischen Mannschaften formirt ist) mittelst der Eisenbahn, und zwar am ersten Tage bis Halle, am zweiten bis Braunschweig,



und am dritten bis Harburg nach Schleswig eilen, um daselbst am 26. d. M. die Stellung einzunehmen, welche die deutschen Reichstruppen bei Abschluß des Waffenstillstands inne hatten. Die Geldmittel, die dazu erforderlich sind, dürften leicht die ohnedies betrübenden Finanzzustände der kleineren Staaten vollends zerrütten, und der Militäretat, den sieben jüngere Staatsregierung aufgestellt und der Abgeordnetenversammlung zur Genehmigung vorgelegt hat, ist eine so bittere Frucht der Märzerrungenschaften, daß sie schwache Constitutionen kaum werden vertragen können. Bisher kostete die Militärverwaltung des Herzogthums Sachsen-Koburg-Gotha jährlich gegen 50,000 Thaler, künftig wird sie 130,000 Thaler kosten. (D. A. Z.)

**Frankfurt a. M., d. 20. März.** Dem österreichischen Gesandten, Ritter von Schmerling, ist in Bezug auf die Kündigung des malmeur Waffenstillstands von der österreichischen Regierung nachstehende Weisung zugegangen:

„Wien, den 11. März. Hochwohlgeborner Herr! Beinahe gleichzeitig mit Ihrem Berichte Nr. 73 vom 26ten vorigen Monats ist mir die Anzeige zugegangen, daß die königlich dänische Regierung den Waffenstillstands-Vertrag von Malmeur bereits wirklich gekündigt habe. Die Besorgnisse theilend, welche dieser Entschluß des Cabinets von Kopenhagen dem Reichs-Ministerium einzufößen geeignet ist, habe ich gern dessen Wünschen entsprochen, und bereits dem kaiserlichen Gesandten am dänischen Hofe die Weisung zugehen lassen, nach Kräften dahin zu wirken, um die königliche Regierung zum Abschluß eines neuen Waffenstillstands-Vertrags für eine der Wichtigkeit der Friedens-Unterhandlungen entsprechende Dauer und mit Beibehaltung des Status quo zu bestimmen. Ueberdies habe ich den Freiherrn von Brinck beauftragt, dem Könige und dessen verantwortlichen Räten an das Herz zu legen, bei der zu London eröffneten Friedens-Unterhandlung nur der Stimme weiser Mäßigung zu folgen, damit aufrichtiges Entgegenkommen und redlicher Wille von allen Seiten rasch zum guten Ende führe und ein im Geiste des Friedens und der Versöhnung abgeschlossener Vertrag in gleichem Geiste vollzogen werde. Den Erfolg dieser Schritte werde ich auch durch gleichzeitig an den Grafen Colloredo abgehende Weisungen zu fördern suchen, durch welche ich diesem Gesandten bedeute, nach beiden Seiten hin billige Forderungen mit seinem ganzen Einflusse zu unterstützen. Ich ersuche Ew. Hochwohlgeborner, von dem durch mich Versügten Mittheilung zu machen, und bei diesem Anlasse die Versicherung einer vollkommenen Hochachtung zu empfangen. Schwarzenberg.“

**München, d. 17. März.** Die in unmittelbarer Folge des Sturzes des Abel'schen Systems von hiesiger Universität entfernten Professoren, Lassaulx und Phillips, sind in ihre früheren Stellen wieder eingesetzt worden, und zwar ersterer in hiesiger, letzterer an der Universität Würzburg. Demgemäß können wir demnächst auch die Rückkehr von Döllinger und Höppler, wie die Ernennung Sepp's zum Professor erwarten und uns des fröhlichen Wiederaufblühens der von ihnen vertretenen Richtung in unserm Vaterlande freuen!

**Wien, d. 19. März.** Lebhaft werden übereinstimmende Privatnachrichten aus Pesth und Krafaus besprochen. Hiernach sollte die an den Grenzen sich immer mehr verstärkende russische Armee dieselben überschreiten, um nicht nur in Ungarn, sondern auch in allen Städten der Monarchie, Wien mit eingeschlossen, die Besatzungen zu bilden. Dadurch würden die österreich. zur Disponibilität gestellt und zu Verstärkungen nach Ungarn und Italien verwendet werden können.

**Wien, d. 19. März.** Heute wurde das 29. Armeebulletin veröffentlicht. Als Nachtrag zu dem im 28. Bulletin gegebenen Berichte über das Treffen von Mediasch sind nachfolgende Erläuterungen vom Feldmarschalllieutenant Puchner eingekommen: Nach dem Avantgardegefecht am 2. März bei Klein-Kapus wurde am 3. März der Feind aus drei festen Stellungen geworfen und zum Rückzuge nach Mediasch gezwungen. Das bedeutende Insurgentencorps hatte 16 Geschütze und zwar vom Rebellen Bem in Person commandirt. Der feindliche Verlust in diesen beiden Tagen beläuft sich auf 100 Tödt, 360 Verwundete und 100 Gefangene. Ueberdies wurden im

Spitale zu Mediasch 170 Blessirte vorgefunden. Die Artillerie demontirte dem Feinde sechs Geschütze und sprengte zwei Munitionskarren in die Luft. Unsererseits blieben auf dem Schlachtfelde 28 Mann. Blessirt wurden 207. Der Sieg war bloß durch zwei Brigaden, ungefähr 5000 M., erkochten und die Reserven kamen gar nicht ins Gefecht. Am 4. März bei Tagesanbruch war der Angriff auf Mediasch beschlossen, welches der Feind während der Nacht verließ und auf dem rechten Rökelfuser nach Schäßburg abzog. Aus der Bukowina wird gemeldet, daß Oberst Urban die Insurgenten durch wiederholte Streifzüge fortwährend beunruhigt. Die Rebellen beabsichtigten, bei Wisnitz und Putti einzudringen und sich nach Galizien durchzuschlagen, aber die Gegend ist mit Militär stark besetzt, der Landsturm gut organisirt und das Volk vom besten Geiste besetzt.

## Italien.

**Mailand, d. 15. März.** Die Armee ist in voller Bewegung — Alles wogt durch einander wie ein aufgestörter Bienenschwarm, ebenso entschlossen und ebenso bereit, über seinen Feind, wenn er sich wirklich sehen läßt, herzufallen. Genaueres weiß noch Niemand über die Bewegungen, nur so viel ist sicher, daß sich die auswärtigen Regimenter bei Lodi concentriren. Lange Züge Bagagewagen durchziehen die Stadt, und der Soldat ist bereit, beim ersten Trommelschlag zu marschiren. In Turin scheint man noch nicht viel von der Kündigung des Waffenstillstands zu wissen, denn es kommen täglich hierher Anfragen, ob es denn wirklich so sei und ob die Oesterreicher marschiren. Karl Albert scheint sich gegen Piacenza richten zu wollen, und dort also könnte es losgehen. Am Sonnabend wird das Hauptquartier die Stadt verlassen.

Carl Albert übernimmt kein persönliches Commando im Heere.

## Frankreich.

**Paris, d. 18. März.** Das Journal des Débats sagt, nach Berichten aus Piemont bis zum 14ten Morgens seien die Gesandten fortwährend bemüht, den Krieg zu verhüten. Der Constitutionnel berichtet, daß Minister Ferrari die Kündigung des Waffenstillstands den Kammern in Turin offiziell angezeigt habe und daß der lombardischen Division auf ihr Ansuchen die Ehre zu Theil werde, den Vortrab zu bilden. Im Temps liest man: „Während die piemontesische Armee in der Lokarbei vorrückt, hat die sardinische Regierung gleichzeitig Befehl gegeben, Oesterreich auch zur See anzugreifen. Albini, der sardinische Admiral in den Gewässern des Adriatischen Meeres, hat die Ordre erhalten, das österreichische Geschwader, das Venedig bewacht, in Grund zu schießen, wenn Venedig nicht anders gerettet werden könne. Vice-Admiral Corfi, der bisher vor Cagliari (Insel Sardinien) lag, rückt dem österreichischen Admiral Kastner entgegen, welcher Miene macht, die römisch-toskanischen Gestade zu beunruhigen. In Genua werden außerdem Reserve-Fahrzeuge in großer Zahl ausgerüstet. Wie man sieht, nimmt der Kampf eine furchtbare Ausdehnung.“ Die Assemblée behauptet, Lord Palmerston habe dem Admiral Parker Malta als Station angewiesen, von der aus er die strengste Neutralität beobachten solle; das pariser Cabinet habe Baudin nach Toulon zurückgerufen. Der Nouvelliste de Marseille vom 15. März giebt die Zahl der um Marseille concentrirten Truppen, die für eine Expedition bestimmt zu sein schienen, auf 12,000 Mann an, deren Oberbefehl nicht mehr dem General Molière, sondern dem General-Lieutenant Darbouville bestimmt sei. Die französische Regie-

4  
rung hat übrigens, wie es heißt, um den König von Sardinien von seinem Entschlus, den Krieg mit Oesterreich von neuem zu beginnen, wo möglich noch abzubringen und ihn auf die Gefahr des Krieges und die größeren Vortheile einer Fortdauer der Vermittelung aufmerksam zu machen, Herrn Letherieur vom auswärtigen Ministerium nach dem Hauptquartier Karl Albert's geschickt. Um jedoch auf alle Fälle gefaßt zu sein, hat Marschall Bugeaud Befehl erhalten, die Alpen-Armee so bald als möglich an der Gränze zu konzentriren.

**Paris, d. 19. März.** Die sardinische Regierung hat ein Manifest „an die Nationen des civilisirten Europa“ gerichtet, in welchem sie die Beschwerden Piemonts und des ganzen Italiens auseinandersetzt und die Kündigung des Waffenstillstandes und Wiedereröffnung der Feindseligkeiten gegen Oesterreich motivirt. Das Manifest behauptet, es sei der sardinischen Regierung kein anderes Mittel mehr übrig geblieben als der Krieg, weil ohne diesen Entschlus die politische und soziale Ordnung in Italien in die ernsteste Gefahr würde gerathen sein. Außerdem hat der sardinische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, wie das „Journal des Débats“ meldet, den Gesandten Englands und Frankreichs noch eine besondere Note übergeben, in welcher ebenfalls die Motive dargelegt sind, durch die sich das Turiner Kabinet bewogen gefühlt, diesen äußersten Entschlus zu fassen. Es wird den beiden vermittelnden Mächten in dieser Note für ihre Bemühungen zu Gunsten Piemonts und Italiens gedankt; dann sucht die Note darzuthun, daß Oesterreich keinen guten Willen gehabt habe, auf die Vermittelung einzugehen, und schließlich spricht sie die Hoffnung aus, daß England und Frankreich, wenn vielleicht einige Siege Sardinien's die österreichische Regierung zu neuen Unterhandlungen auf ehrenvollen Grundlagen für Piemont und Italien bestimmten, ihre fernere Unterstützung dabei nicht versagen würden.

### Großbritannien und Irland.

**London, d. 17. März.** Heute wurde ein Kabinetts-Rath im auswärtigen Amte gehalten, dem alle Minister beiwohnten. Der russische Gesandte, Baron Brunow, hatte gestern eine längere amtliche Unterredung mit Lord John Russell. Der Globe zieht nicht nur die Wahrheit, sondern auch die Wahrscheinlichkeit des Gerüchtes in Zweifel, daß Rußland durch Herrn von Titoff in Konstantinopel habe erklären lassen, die Dardanellen mit einer Flotte forciren zu wollen, falls die Pforte die Durchfahrt verweigere. Das ministerielle Blatt erinnert daran, daß Rußland dies selbst im Jahre 1828 nicht unternommen habe, obgleich die Umstände damals viel günstiger gewesen seien als jetzt. Die Türkei habe damals eben ihre Flotte vor Navarin verloren und ihr Landheer sei in Folge der vorhergegangenen Auflösung der Janitscharen in einem traurigen Zustande gewesen. Jetzt aber habe die Pforte ein regulaires Heer von 200,000 Mann nebst zahlreichen unregelmäßigen Truppen, die den Kosacken nichts nachgäben. Die türkische Flotte besitz jetzt viele gutbemannte Schiffe. Die Zwietracht im Innern des Landes, welche früher durch die begründete Unzufriedenheit der Christen fortwährend genährt worden, sei jetzt durch die neuen freisinnigen Institutionen beseitigt. Die Pforte könne also einen Kampf mit Rußland jetzt sehr wohl aufnehmen, und was insbesondere die Passage durch die Dardanellen betreffe, so seien dieselben jetzt so stark befestigt, daß die Durchfahrt eines Schiffes durch dieselben ohne Zustimmung der Pforte geradezu unmöglich sei. Wenn es aber, so schließt der Globe seinen Artikel, auch wahr sein sollte, daß Rußland die angegebene Drohung gegen die Pforte ausgesprochen habe, so dürfe man nicht vergessen, daß diese Frage die Pforte nicht allein betreffe. Durch den Traktat von 1841 habe

sich die Pforte verpflichtet, allen fremden Kriegsschiffen ohne Unterschied die Durchfahrt durch die Dardanellen zu versperren, und an diesem Vertrage hätten ebenfowohl England und Frankreich wie Rußland Antheil. Die Times beklagt es, im Hinblick auf diese Eventualitäten, daß das alte Verhältniß zwischen England und Oesterreich so gelockert und die französische Republik so wenig geneigt sei, mit England und Oesterreich zur Wiederherstellung der Ruhe in Italien zusammenzuwirken, wodurch Oesterreich in den Stand gesetzt sein würde, im Osten mehr Kraft zu entwickeln; indeß hoffte dies Blatt, Sir Stratford Canning, der brittische Gesandte in Konstantinopel, werde dort wie ein Staatsmann gesprochen haben, der entschlossen sei, Englands traditionelle Politik zu verteidigen, die Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit der Türkei aufrecht zu erhalten und eine Aggressiv-Bewegung zu verhindern, welche den Weltfrieden gefährden würde. Diese beiden Artikel, des Globe und der Times, haben an der heutigen Börse einen ungünstigen Einfluß auf die Course ausgeübt.

Nach der „Times“ hat die Londoner Zollbehörde das Schiff „Bombay“, welches im Begriff war, mit 1200 Bewaffneten den Aufständischen in Palermo zu Hülfe zu kommen, in Beschlag genommen. Der Graf Coloredo geht nicht nach Brüssel.

### Dänemark.

**Kopenhagen, d. 17. März.** Gestern verbreitete sich hier das Gerücht vom abgeschlossenen Frieden. Diesem widerspricht die Behauptung, daß Lord Palmerston den hiesigen Gesandten, Sir Henry William Wynn, seiner dänischen Sympathieen halber abberufen werde.

Am 21. d., nach beendigter Flottenmusterung, bricht Alles von hoher militairischer Bedeutung auf von Kopenhagen, König, Kriegsminister, General Fabvier und die übrigen Kriegsräthe und Handlanger. Am 27. nach vorhergegangener großer Musterung und einem feierlichen Feldgottesdienste, wird der König in voller Rüstung auf einem weißen Dänen, an der Spitze von 4 Brigaden Infanterie (18 Bataillonen = 18,000 Mann) und 2 Brigaden Kavallerie (16 Schwadronen = 2000 Mann) nebst 32 Kanonen über die Königsau setzen. Gleichzeitig wird das Land Sundewitt von 10 Bataillonen mit 24—30 Kanonen besetzt werden, natürlich von Allen aus.

Es bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung, daß die Operationen zur See den allgemeinen Zweck haben, möglichst viele werthvolle Schiffe und Ladungen zu gewinnen und besonders alle größeren Inseln der Ost- und Westsee zu besetzen und zu züchtigen, namentlich Femern, Nordstrand, Pellworn etc., so wie die Festung Friedrichsort und die Batterieen Labø vollständig zu demoliren. — Das Linienschiff Christian VIII., das bekanntlich die Stadt Kiel im Zaum halten soll, hat außer seinen 84 Kanonen vom schwersten Kaliber noch 6 Bombenkanonen erhalten, und wird außerdem noch mit 12 hundertpfündigen Mörsern behufs des Bombardements versehen.

### Rußland und Polen.

**Warschau, d. 18. März.** Der Kaiser hat befohlen, daß dem activen Militair niederen Ranges, desgleichen den Stabs- und Ober-Offizieren, so wie den Soldaten niederen Ranges von allen einstweilen aufgelösten Reserve-Abtheilungen sowohl der Garde wie der Armee, welche bis zum 13. März d. J. auf Urlaub entlassen waren, dieser Urlaub bis zum 13. Mai d. J. peremptorisch verlängert werde.

### Türkei.

**Konstantinopel, d. 1. März.** Wie man versichert, hat die Pforte dem russischen Kabinet den Entwurf einer Ver-

fassung für die Moldau und Walachei vorgelegt, mit zwei Kamern, einem auf 7 Jahre zu wählenden Präsidenten, Wahlbarkeit jedes Bürgers zum Präsidenten u. Ob Rußland seine Zustimmung geben wird, ist natürlich sehr die Frage. Die Pforte setzt ihre Rüstungen indessen beständig fort. Vierzig Kriegsschiffe sollen jetzt vollkommen ausgerüstet im Hafen liegen. Vorige Woche segelte der Viceadmiral Mustapha Pascha auf dem Wasitai-Lidscharet ins schwarze Meer. Einige Tage später gingen mehrere Schiffe mit Geschütz und anderem Kriegsmaterial an die Donau ab. Dies scheint größtentheils für die Festungen an der Donau bestimmt zu sein. Alle diese Festungen sind indessen so sehr verfallen und in einem so ganz unhaltbaren Zustande, daß bloß deren bessere Versorgung mit Geschütz, mit dem sie auch bis jetzt schlecht versehen waren, keinesweges ihren schnellen Fall verhindern würde.

Aus Bukarest schreibt man dem „Schw. M.“: Man spricht allgemein von einem bevorstehenden Kriege zwischen Rußland und der Türkei und will wissen, die Pforte habe bereits den Abzug der russischen Truppen aus den Fürstenthümern verlangt und sei von England in dieser Forderung unterstützt worden. Gewiß ist, daß unlängst 12,000 Mann türkischer Truppen von Konstantinopel auf Schiffen in Galacz und Braila gelandet sind, und diese beiden Städte mit dem gehörigen Geschütze besetzt haben. Das walachische Militair wurde augenblicklich von allen Posten entfernt, was Dmer Pascha jedoch später als ein Mißverständnis erklärte. Dmer Pascha will alle türkischen Truppen in einem Lager am Argisflusse concentriren.

**Deutsche Nationalversammlung.**

Frankfurt, d. 20. März.  
(Schluß.)

Nach Herrn Simon bestieg der Präsident des Reichsministeriums Heinrich v. Gagern die Rednerbühne. Die Beschleunigung des Verfassungswerkes, sagt er, war der Gedanke, der mich in das Reichsministerium rief, und das Verfassungswerk ist jetzt zu Ende gediehen; es ist Zeit, dem Volke zu lösen, was wir dem Volke versprochen. Ich habe nie das Wort gebrochen, das ich dem Volke gegeben. Ich schließe mich dem Antrage des Ausschusses, die Verfassung in Bausch und Bogen anzunehmen, an, weil ich darin die vernünftige Lösung unserer Aufgabe erblicke. Zwar ist in den Anträgen des Ausschusses das Verständigungsprincip nicht gehörig berücksichtigt worden, aber das Wesentliche wird damit dennoch erreicht. Unsere Aufgabe war, einen starken Bundesstaat zu schaffen, zu gleicher Zeit auch, daß wir von dem Bestehenden stehen ließen, was mit der einheitlichen Regierung verträglich war. Es ist also nicht ein Auskunftsmittel im letzten Augenblicke, sondern ich halte dafür, daß die Frucht reif geworden ist. Es gehört freilich noch etwas dazu: wir bedürfen der Unterstützung des Volkes; den Widerstreit der Regierungen fürchte ich nicht. Wird sich das Volk in diesem Sinne aussprechen, dann brauchen wir reactionäre Bewegungen von Oben nicht zu fürchten. Mich drängt nicht die drohende Gefahr des Vaterlandes, — obgleich sie besteht, nicht seit heute, nicht seit Wochen, sondern von dem Augenblicke, wo wir uns von dem Bestehenden los sagten und nichts fanden, was wir an die Stelle setzen konnten, — sondern weil wir jetzt gefunden haben, was unter den gegebenen Umständen zu finden allein möglich war. Die Detroyirung einer Verfassung für Deutschland fürchte ich nicht; ich bin hierin mit Herrn Vogt, obgleich sonst nicht, einverstanden. Dazu würde eine Uebereinstimmung der Regierungen gehören, die nicht eintreten wird. Die Förderung einer Aufrechthaltung der Verträge von 1815 fürchte ich noch weniger: man hat Frankreich zu einer Republik sich gestalten, man hat Belgien sich constituiren lassen, man wird auch uns machen lassen, wie wir wollen. Ich gestehe zu, daß ich in meiner Stellung viel weniger unterrichtet bin, als es für diese passend wäre — die Gründe davon sagt Hr. v. Gagern unter dem Beifall der Versammlung auseinander — aber ich versichere nochmals, daß keine russische Note besteht. Zwar ist von Herrn Ahrens gesagt worden, fremde Mächte würden uns hindern, unsern Einheitsstaat zu schaffen; ich fürchte diese Einsprache nicht, weil ich weiß, daß unser Volk ein starkes, ein kriegerisches, ein Volk von 40 Millionen ist, von dem ich hoffe, daß es, wenn auch jetzt in Meinungen verschieden, doch in nationaler Bestrebung nur eins sein wird. (Bravo!) Wenn es aber wahr ist, daß uns Gefahren drohen, dann drängt es um so mehr zur Einigung. Ist unser Volk einmal in der festen Form einer Verfassung, dann wird es jeder Gefahr entgegen treten. Ich stimme

nicht für das Directorium, das im Wesentlichen auf den Bundestag hinauskommen würde; ich stimme für die Verfassung, wie sie der Ausschuss vorgelegt, allein was den früher gemachten Vorwurf anbetrifft, als käme unsere Revolution zu ihrem Ausgangspunkt zurück, so nehme ich ihn gern an; ich rühme mich, daß ich von Anfang an bis zum letzten Augenblicke daran festgehalten habe, was ich stets als die Rettung des Vaterlandes angesehen. Ich weiß wohl, daß die gegenwärtige Frage die schwierigste ist, die hier zu lösen war; ich fühle, daß hierbei der Ruf meines Lebens auf dem Spiele steht. Wie sich Deutschland zu Oesterreich verhalten könne, habe ich bereits früher auseinandergesetzt. Man hat gesagt, wenn Oesterreich nicht in den Bundesstaat aufgenommen werde, so sei ein Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland nicht möglich. Ich widerspreche dieser Ansicht. Wer kann daran zweifeln, daß das höchste Ziel die Gesamteinheit aller Stämme ist? Nur mit Schmerz habe ich mich zu der Ansicht entschlossen, daß dieses Ziel nicht erreichbar ist. Ich betrachte die österreichische Gesamtmonarchie als eine in sich starke, ich kann auf ihren Zerfall nicht speculiren. Eine solche Speculation würde für uns jedes freundschaftliche Verhältniß zu Oesterreich ausschließen. Wie dürfen wir keinen Raum geben. Es fragt sich nun: müssen wir uns ganz von Oesterreich trennen, müssen wir uns lösen oder nicht. Ich behaupte das Letztere, was auch die österreichische Regierung anerkennt. Das Band wird von Anfang an ein schwaches sein, aber es ist der politischen Entwicklung fähig. Ein Schutz- und Trugbündniß wäre ein sehr enges Band und ich glaube, daß ein solches eingegangen werden wird. Ein solches könnte uns veranlassen, die Stelle zu übernehmen, die jetzt die russischen Truppen übernommen, aber nicht im Sinne der Intervention, sondern im Sinne der Aufrechthaltung der Gesamtinteressen, so muß man auch das Recht anerkennen, sie zu schützen. (Unruhe links.) Aber nicht bloß ein solches Bündniß, es kann noch, wie Herr v. Gagern auseinandersetzt, eine viel engere Verbindung bestehen. Auf eine Unterbrechung von der Linken bemerkt der Redner: Meine Herren, Sie lachen, es wäre besser, wenn Sie mir aufmerksam folgten. In jedem Fall bin ich mir bewußt, redlich bemüht zu sein, Schwierigkeiten zu erörtern und zu beseitigen. Der früher von mir gebrauchte Ausdruck, „es sei der Beruf Oesterreichs, die Cultur nach Osten zu tragen“, fährt Herr v. Gagern fort, ist vielfach gedeutet und ich seinetwegen angegriffen worden; aber ich bleibe noch heute dabei, wenn auch jetzt momentane Hindernisse der Ausföhrung dieser Aufgabe im Weg stehen. Die Politik Deutschlands besteht darin, daß im Osten so wenig wie im Westen eine Macht ein zu großes Uebergewicht über uns erlangt. Unser Werk weist uns gemeinschaftlich auf Rußland nach dem Osten, im Westen sind die Zustände gesichert — es ist unsere Aufgabe, daß die Donau uns nicht entfremdet werde. Was Italien anbetrifft, so habe ich nie das Streben des italienischen Volks nach einer Einheit verkannt; wenn aber dadurch Interessen bedroht sind, die auch uns tief berühren, wenn Oesterreich aus Italien nur fort soll, um Frankreich Platz zu machen, dann ist es unsere Pflicht, dies zu hindern. Ich glaube also, es ist ausführbar, daß ein Bund zwischen Deutschland und Oesterreich besteht; es ist nicht nur ausführbar, sondern zunächst unsere Aufgabe, die Möglichkeit eines solchen Bundes zu suchen. Ich komme jetzt zur Oberhauptsfrage. Ich habe diese stets mit der Möglichkeit, ob Oesterreich im Bunde bleiben könnte, in Verbindung gehalten. War Oesterreich im Bunde, so blieb nur das Directorium zu wählen, was es nicht im Bunde, so ergab sich das Andere von selbst. Wenn mir der Vorwurf gemacht wurde, ich habe für das preussische Erbkaiferthum intrigirt, so weise ich diesen Vorwurf zurück. (Stürmischer Beifall.) Ich bin nicht ins Ministerium getreten, ohne dem Reichsverweser von meiner Ansicht vollkommen Rechenschaft abgelegt zu haben. Wollte Herr Vogt auf meine Reife nach Berlin anspielen? (Herr Vogt vom Plaze aus: Nein.) Nun dann beruht die Verleumdung auf sich. Der Redner berührt hierauf die Wählereien im südlichen Deutschland, den König von Preußen zu verdächtigen. Was das Erbkaiferthum betrifft, sagt Hr. v. Gagern, so ist gesagt worden, daß es unerhört sei, über so viel erblichen Fürsten noch einen erblichen Kaiser zu haben. Ist denn das nicht Jahrhunderte lang bis zum Jahre 1806 der Fall gewesen? (Große Unruhe.) Die Linke geräth vor Freuden außer sich, daß Hr. v. G. ihrer Ansicht nach einen historischen Irrthum begangen, indem in Deutschland kein Erbkaiferthum, sondern ein Wahlkaiferthum gewesen. Hr. v. G. seinerseits führt für seine Ansicht die Dynastien der Sachsen, der Franken, der Hohenstaufen, endlich der Habsburger an.) Die Hindernisse, welche sich der erblichen Kaisermonarchie jetzt entgegenstellen, sind die Mittelreiche, die durch Napoleon erst zu einer gewissen Größe gelangt sind. Bei den Vorbereitungen zum Vorparlament wurde bereits die Frage der erblichen Kaisermonarchie besprochen und selbst die Republikaner in jener Versammlung stimmten dieser Ansicht bei, weil sie die Majorität hatte. Hr. Simon von Trier hat gesagt: „Wenn wir in unserm Lager unser Wort geben, so halten wir es auch.“ Jenes Wort ist nicht gehalten worden. (Biemlich andauernde Unterbrechung links.) Die Linke verlangt, der Redner solle Namen nennen. Hr. v. Gagern: Wollen Sie Na-

men wissen? Es war Hecker, es waren auch noch Andere.) Der Redner verliest dann, was Welcker damals über das Bundeshaupt referirt, Welcker, der sich, wie Hr. v. Gagern sagt, von Anfang bis zu Ende treu geblieben. Und das war damals, an einem Orte, von dem man jetzt sagt, daß dort Antipathien gegen diese Ideen vorherrschen. In jenen Märztagen, deren Forderungen ich mich stets angeschlossen habe und noch anschliese, wenn ich mich auch den Excessen nicht anschliese, welche seitdem in Deutschland auf- und wieder niedergegangen sind, in jenen Tagen traten die süddeutschen Regierungen zusammen oder suchten sich zu verständigen. Ich habe daran zwar Antheil genommen, aber mein jüngster Bruder hat das Verdienst, zuerst den Herzog von Nassau veranlaßt zu haben, diesen Schritt zu thun. Die Mission ging von Darmstadt nach Karlsruhe, nach Stuttgart und München, von da über Dresden nach Berlin und man suchte sich bei denselben über die Form des Bundesstaats zu verständigen. Die Nothwendigkeit einer Unterordnung unter eine Oberhaupt wurde damals allgemein anerkannt, an Orten, von welchen es jetzt in Abrede gestellt werden will; daß Nassau, Hessen, Baden einig waren, können Sie mir glauben, aber auch in Württemberg war kein wesentlicher Widerspruch. (Hört! Hört!) Vor einem Jahr in dieser Stunde habe ich darüber in der hessischen Kammer Bericht erstattet, gestatten Sie mir, dies heute Ihnen mitzutheilen. Hr. v. Gagern verliest eine Stelle dieses Berichts, aus der hervorgeht, daß in Stuttgart der König von Württemberg gegen Gagern geäußert: „die Leitung der deutschen Angelegenheiten müsse unter den dringenden Verhältnissen, wie sie jetzt obwalten, in die Hände eines der deutschen Fürsten gelegt werden,“ und Se. Majestät war bereit, diese Leistung dem Könige von Preußen zu übergeben, wenn der König von Preußen seinem Volke dieselben Freiheiten verleihen wolle, wie sie die süddeutschen Völker bereits hätten. Das Abnehmen der Sympathien in Süddeutschland habe viele Gründe, aber nicht die religiösen, nicht die materiellen sind es jetzt, sondern am meisten der gestiegene Particularismus, der um so trauriger ist, als er die Unklarheit des Volkes über das, was er strebt werden muß, beweist. Materielle Interessen sind gewiß sehr wichtig, aber man muß sie nicht als Argumentationen da brauchen, wo sie nicht anwendbar sind. In Altalatern, z. B., wo die Antipathien gegen Preußen vorherrschen, sei wohl keine Industrie, die der Ausfuhr bedürfe. (Unruhe.) Was die religiösen Antipathien anbelangt, so glaube ich, daß, wenn sie aufgeschwemmt werden, dies nur das Produkt der Gebildeten ist, die sich damit abgeben. (Stürmischer Beifall.) Es wird häufig behauptet, daß das Preußenthum in Süddeutschland Antipathien habe; wenn man aber fragt: welches Preußenthum? so wird die Antwort verschieden ausfallen. Preußen ist so groß (Unterbrechung), die Verschiedenheit seiner Stämme so groß, daß, was auf den einen anwendbar, wohl auf den andern nicht paßt. Ich selbst habe für gewisse Eigenthümlichkeiten des preussischen Volksstammes keine Sympathie gehabt, aber welcher deutsche Volksstamm ist denn in Preußen nicht vertreten; ist denn nicht das Rheinland süddeutsch in seinen Gewohnheiten, Schlessen österreichisch, Sachsen sächsisch? Wie kann man von Preußen reden, ohne nicht von Deutschland zu sprechen? Es giebt keinen preussischen Volksstamm, welcher in seiner befondern Eigenthümlichkeit über andere Stämme herrschen könnte. Aber damit bin ich einverstanden, wenn Deutschland sein Ziel erreichen soll, dann muß sein Mittelpunkt in der Mitte sein, nicht im Norden stehn. Der Krieg, der uns mit Dänemark in Aussicht gestellt wird, woher kommt er? Daß der hollsteinische Herzog, der König von Dänemark wurde, so dänisch geworden ist, daß man sagen könnte, Schleswig-Holstein ist in Dänemark aufgegangen. (Unterbrechung und Weiterkeit.) Es ist dies ein Beispiel; auch der deutsche König wird wissen, wo der Schwerpunkt in Deutschland ist. Zum Schluß kommt Hr. v. Gagern noch einmal auf das Verhältniß zu Oesterreich zurück und sagt, daß wenn die Märzrevolution nicht so ausgefallen, wie sie begonnen, so liegt es darin, daß eben nicht Alle den gehörigen Weg gehen, sondern sich einen eignen Weg suchten. (Beifall.) Man sagt: Wien ist gefallen, durch die Schuld der Nationalversammlung gefallen, man kommt immer wieder auf diese banale Phrase zurück. (Unruhe.) Aber wie hätte man das hindern wollen? Wien ist gefallen, weil eine Minorität das Maß nicht zu finden wußte, dieselbe Minorität, die es noch jetzt nicht zu finden weiß. (Stürmischer Beifall rechts und von den Centren. Unruhe links.) In Oesterreich hat ein kleiner Haufe die Republik einführen wollen. (Große Unruhe.) Nach einer langen Unterbrechung und einem andauernden Streit wegen Nichtbeachtung parlamentarischer Formen bemerkt Herr v. Gagern, daß wenn davon die Rede sei, sie auch nützlich nicht gehörig beachtet worden, denn Herr Vogt hatte dem Ministerium Intrigue vorgeworfen; er wurde nur zur Ordnung gerufen, weil er die Centralgewalt geschmäht; aber daß er das Ministerium geschmäht, darüber wurde er nicht zur Ordnung gerufen; diese Schmähung wäre keine Kritik — ich habe mich jeder Kritik stets unterworfen — sie war unter der Kritik. (Anhaltender stürmischer Beifall.) Nach diesem Intermezzo, das zuerst noch eine Erklärung des Vorsitzenden über den erwähn-

ten Vorfall veranlaßt, fährt Herr v. Gagern fort, daß der Terrorismus, welchen die Minorität in Wien herbeiführen wollte, ebenso unerträglich war, als Alles was nachher die Stadt beherrschte. Das Ministerium habe damals vollkommen Recht gehabt, daß es den Aufruhr in Wien nicht unterstützte. Der Redner geht hierauf wieder zum eigentlichen Gegenstand der Verhandlung über. Der Particularismus ist, sagt er, die höchste Gefahr; alles Andere achte er für Nichts. Diese Gefahr zeige sich in Bayern am deutlichsten, in Sachsen auch und noch in anderen Staaten. Herr v. Gagern schließt, die Worte eines deutschen Dichters, Walthers von der Vogelweide, für sich anführend, unter lang anhaltendem stürmischen Beifall der Versammlung. Hierauf wird eine von den Abgg. Feldmann, Sachs und Anderen unterzeichnete Erklärung verlesen, des Inhalts: „Die in Heidelberg auf der vorbereitenden Versammlung für das Parlament anwesend gewesenen Mitglieder des Hauses erklären 1) es ist gar kein Beschluß gefaßt worden über monarchische oder republikanische Staatsform Deutschlands; es hat Niemand Etwas versprochen, als dem ausgesprochenen Willen der Mehrheit des Volkes sich unterwerfen zu wollen. Es wurde davon gesprochen, den König von Preußen an die Spitze zu stellen, aber mit großem Widerspruch; 2) von erblicher Uebetragung der Kaiserwürde war keine Rede.“

Abg. Berger aus Wien: Wenn er den österreichischen Standpunkt heute mehr betone, als sonst, so sei es, weil er durch den preussischen hervorgerufen. Er hoffe aber zwischen den beiden den deutschen zu finden. Er wolle dem Herrn Ministerpräsidenten seine Ansicht über Politik und Zukunft Deutschlands lassen, nicht streiten, ob Deutschland ein Wahlreich oder ein Erbreich gewesen, er wisse nur, daß zwischen den verschiedenen deutschen Dynastien keine Continuität gewesen, und daß sie eben deswegen an Entkräftung gestorben. Der Redner richtet hierauf die Waffen seiner Ironie gegen Herrn Welcker. Herr Welcker lege sich Abends nieder und stehe mit dem preussischen Kaiser auf. Da müsse man wirklich sagen: Morgenstunde hat Gold im Munde. (Beifall.) Er frage nur, wie Herr Welcker behauptete, Oesterreich habe das letzte Wort gesprochen. Man sage, in der oerroyirten Verfassung. Er sage das auch, allein sie sei nicht fertig; sie habe keine objective Wahrheit, keine Wirklichkeit. Oesterreich sei nicht unjüngst, wie die banale Phrase sage, im Segenthail, seine Zukunft sei eine ungewisse. Er komme auf die Note; diese gehe weiter als es die Verfassung eigentlich erlaube. Jetzt wolle man die Unterhandlung mit Oesterreich abbrechen, weil der preussische Kaiser gestickt sei. Er verwechsle keineswegs die österreichische Regierung mit dem österreichischen Volke. Die erste vergehe, das letzte nicht. Die Abgeordneten aus Oesterreich seien die einzigen Stimmen der Oesterreicher, wenn auch die Herren Bürrh und Arneht in einer sonderbaren Anwendung von Ehrgefühl sich bewogen gefunden, ihre Mandate niederzulegen. (Widerspruch.) Der Redner wiederholt zweimal die letzten Worte. Man sage, die österreichischen Abgeordneten müssen gegen die österreichische Charte protestiren. Sein Antrag thue dies nicht nur, er hebe sie auf. Er komme auf die Gefahr. Warum habe man die Oesterreicher in das Parlament gerufen, wenn man schon damals die Ansicht hatte, daß Gefahren drohen. Es scheine fast, als wolle man durch die Wahl des preussischen Kaisers die Gefahren herbeiführen, um sagen zu können, man habe ihn wegen dieser wählen müssen. Ob man aber denn glaube, daß der König von Preußen die Kaiserkrone annehmen werde. Man hat ihm von der anderen Seite her gesagt, thäte er es nicht, so stehe eine Palastrevolution oder eine Straßenrevolution zu gewärtigen. Man komme also auf ein Verbrechen. Er sei nicht der Ansicht, daß die nichtdeutschen Völker Oesterreichs gefährliche Bundesgenossen für Deutschland wären. Das Säbelregiment in Oesterreich, welches man als abschreckendes Ereigniß hinstelle, sei durch die Majorität selbst herbeigeführt worden. Der 6. October hat nicht der Republik gegolten, sondern war eine Kabinettsrevolution, es galt den Sturz eines Ministeriums. Er frage, ob man ernstlich glaube, ein Recht zu haben, Deutschland ohne Oesterreich zu bilden? Er verstehe sein Mandat als dahin lautend, Deutschland in einen Staatenverein zu bringen und zwar, wie Herr Reichensperger sich geäußert, nicht in einen apriorischen, sondern in einen aposteriorischen. Die ganze praktische Basis des eignen Deutschlands sei noch im Sähren, er könne wohl die einseitige Nothwendigkeit einsehen, einstweilen ein Kleindeutschland zu machen, allein nicht ebenso einen erblichen Kaiser. Vom numerischen Standpunkte aus schaffe man den preussischen Kaiser durch eine Minorität, da viele Oesterreicher fehlen. Abg. Waig habe gesagt, woher Habsburg-Lothringen das Recht habe, an der Spitze Deutschlands zu stehen; er frage, woher es Hohenzollern habe? Sei einmal Deutschland preussisch, dann sei Oesterreich verloren. Er stelle den Antrag, über den Welcker'schen Antrag auf Tagesordnung überzugehen. Man möge die Unterhandlungen nicht abbrechen mit Oesterreichs Regierung, und wenn diese ungünstig ausfielen, dann mache man Kleindeutschland, aber dann vernichte man auch Deutschlands Einheit, Größe und Zukunft. (Bravo.) Ein nach Schluß der Diskussion gestellter Antrag wird angenommen. Abg. Kieffer wird im Namen der Majorität, Abg. Römer im Namen der Minorität Bericht erstatten. Die Abgg. Schneider, Reitter, Makowiczka und Köstler

reichen einen Protest gegen die österreichische Charta ein und glauben durch diesen Protest ihr Recht, an der weiteren Abstimmung Theil zu nehmen, gewahrt zu haben. (Bravo.) Der Vorsitzende stellt noch die Unterstützungsfrage zu den vorliegenden Anträgen und schließt die Sitzung. Schluß der Sitzung 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch, den 21. März. Tagesordnung: Abstimmung über den Belcker'schen Antrag.

## Freie vereinigte Gemeinde.

Sonntag Vormittag 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Gottesdienst Herr Prediger  
Ritzschke aus Magdeburg.

### Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 22. März.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
Pr. Freiw. Anl.	5	101 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	100 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	Pomm. Pfndbr.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	92 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>	92 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
St. Schuldsch.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	80 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	79 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	R. = u. Nm. do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	93 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	92 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
Sech. Pr. = Sch.	—	—	99	Schlesische do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	—
Kur = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. ga	—	—	—
Schuldversch.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	—	rant. do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	—
Brl. Stadt-Obl.	5	98 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	—	Pr. Bf. = A. = Sch.	—	—	86 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
do. do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	—	Friedrichsd'or	—	13 <sup>7</sup> / <sub>12</sub>	13 <sup>1</sup> / <sub>12</sub>
Wstpr. Pfandbr.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	85 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	—	And. Goldm. à	—	12 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	12 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Großh. Pos. do.	4	—	96	5 f	—	—	—
do. do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	80 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Disconto	—	—	—
Dstpr. Pfandbr.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	91	—				

### Eisenbahn-Actien.

Stamm = Actien.	Sf.	Prioritäts-Actien.	Sf.
Brl. Anh. Lit.	4	Berl. = Anhalt	4 87 G.
A. B.	4 74 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> bj.	do. Hambg.	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 91 bj.
do. Hamb.	4 51 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> G.	do. II. Serie	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> —
do. St. = Star.	4 85 B. 84 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> G.	do. Potsd. = M.	4 83 G.
do. Potsd. = M.	4 54 G. 1/2 B.	do. do.	5 94 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> B.
Magd. = G. H. f.	4 108 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> G. 109 B.	do. Stettiner	5 102 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> G.
do. Leipziger	4 —	Magd. = Leipz.	4 —
Halle = Thür.	4 48 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> G.	Halle = Thür.	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 86 bj.
Cöln = Mind.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 75 bj. u. G.	Cöln = Mind.	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 92 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.
do. Aachen	4 48 B.	Rh. v. St. gar.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> —
Bonn = Cöln	5 102 G.	d. I. Priorität	4 —
Düsseld. = G. f.	4 —	do. St. = Pr.	4 —
Steel. Bohw.	4 36 B.	Düsseld. = G. f.	4 —
Nschl. = Märk.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 71 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> bj. u. G.	Nschl. = Märk.	4 85 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> à 86 bj.
do. Zweigbhn.	4 —	do. do.	5 98 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> bj.
Dbschl. L. A.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 91 B.	do. III. Serie	5 93 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> B.
do. Lit. B.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 91 B.	do. Zw. bhn.	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> —
Cosel. = Dverb.	4 —	do. do.	5 80 B.
Bresl. Freib.	4 —	Oberschl.	4 —
Kraf. = Dbschl.	4 38 B.	Krat. = Dbschl.	4 71 B.
Berg. = Märk.	4 55 B. 54 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> G.	Cosel. = Dverb.	5 —
Starg. = Pos.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 70 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> G. 1/2 B.	Steel. = Bohw.	5 88 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> G.
Brieg. = Meisse	4 —	do. II. Serie	5 80 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> G.
Magd. = Wittb.	4 —	Bresl. = Freib.	4 —
		Berg. = Märk.	4 97 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> B. 97 G.
Quitt. = B.		Ausländische Stamm-Actien.	
Nach. = Raffr.	4 —	Leipz. = Dresd.	4 —
		Ludw. = Verb.	4 —
Ausl. Ob.		24 Fl.	4 87 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> B.
Westf. 26 Fl.	4 —	Riel. = Alt. Sp.	4 —
Fr. = W. = Abb.	4 34 à 1/8 bj. u. B.	Amst. = R. Fl.	4 33 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> G.
		Waltb. = Lhr.	4 —

### Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Gelde.)

Halle, den 22. März.

Weizen	1 f 21	3 l bis 2 f	—	1/2	—
Roggen	—	25	—	28	9
Gerste	—	22	6	—	25
Hafer	—	13	9	—	17

Magdeburg, den 22. März. (Nach Wispeln.)

Weizen	44	—	50	f	Gerste	21	—	22	f
Roggen	25	—	26	s	Hafer	13	—	16 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	s

Nordhausen, den 20. März.

Weizen 1 f 14 1/2 bis 1 f 22 1/2 Gerste — f 23 1/2 bis — f 29 1/2  
Roggen — s 23 — — s 29 Hafer — s 14 — — s 18  
Kübel, der Centner 14 1/2 f.  
Leinöl, der Centner 12 f.

Berlin, den 22. März.

Weizen nach Qualität 54—57 f.  
Roggen loco 24<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—26 f.  
" schwimmend 24—25 f.  
" pr. Frühjahr 82pfd. 22<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, à 23 f bj.  
" Mai/Juni 24 f Br., 23<sup>1</sup>/<sub>2</sub> G.  
" Juni/Juli 25 f bj. u. Br.  
" Juli/August 26 f Br., 25<sup>1</sup>/<sub>2</sub> G.  
Gerste, große, loco 22—23 f.  
" kleine 18—20 f.  
Hafer loco nach Qualität 14—15 f.  
" pr. Frühjahr 48pfd. 13 f Br.  
Kübel loco 14<sup>1</sup>/<sub>4</sub> f Br. u. bj.  
" pr. März 14<sup>1</sup>/<sub>12</sub> f Br., 14 G.  
" März/April 14 f Br., 13<sup>7</sup>/<sub>8</sub> G.  
" April/Mai 13<sup>7</sup>/<sub>8</sub> f Br., 13<sup>3</sup>/<sub>4</sub> G.  
" Mai/Juni 13<sup>3</sup>/<sub>4</sub> f Br., 13<sup>2</sup>/<sub>8</sub> G.  
" Juni/Juli 13<sup>2</sup>/<sub>8</sub> f Br., 13<sup>1</sup>/<sub>8</sub> G.  
" Juli/August 13<sup>1</sup>/<sub>8</sub> f Br., 13<sup>1</sup>/<sub>2</sub> G.  
" Aug./Sept. 13<sup>1</sup>/<sub>2</sub> f Br., 13<sup>3</sup>/<sub>8</sub> G.  
" Sept./Oct. 13<sup>1</sup>/<sub>2</sub> à 1/4 f verk., 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub> G.  
" Octbr./Novbr. 13<sup>1</sup>/<sub>4</sub> f Br., 13<sup>1</sup>/<sub>8</sub> G.  
Leinöl loco 11 f bj.  
" Lieferung pr. April/Mai 10<sup>2</sup>/<sub>8</sub> f Br., 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> G.  
Spiritus loco ohne Faß 14<sup>5</sup>/<sub>8</sub> f verk.  
" pr. März 15 f Br.  
" pr. Frühjahr 15<sup>1</sup>/<sub>4</sub> f Br., 15<sup>1</sup>/<sub>8</sub> G.  
" Mai/Juni 15<sup>3</sup>/<sub>4</sub> f Br., 15<sup>1</sup>/<sub>2</sub> G.  
" Juni/Juli 16<sup>1</sup>/<sub>2</sub> f Br., 16<sup>1</sup>/<sub>8</sub> G.

### Wasserstand der Saale bei Halle

am 22. März Abends 6 Uhr am Unterpegel 6 Fuß 11 Zoll.  
am 23. März Morgens 6 Uhr am Unterpegel 6 Fuß 10 Zoll.

### Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 22. März 2 Zoll über 0.

### Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 22. bis 23. März.

Im Kronprinzen: Hr. Oberstlieut. v. Kiel a. Frankfurt. Hr. Major v. Hagens u. Hr. Hauptm. v. Aldosser a. München. Frau v. Altmann u. Frau v. Schönfeld a. Schweidnitz. Hr. Gutsbes. v. Münchshausen a. Herrngosserstedt. Die Hrrn. Kauf. Hedenthal a. Leipzig, Bauer a. Elberfeld.  
Stadt Zürich: Hr. Partik. Vieler a. Hannover. Die Hrrn. Kauf. Kuhn a. Nordhausen, Bornträger a. Magdeburg, Fez a. Frankfurt, Schaumberg a. Dingelstedt, Liepmann u. Simon a. Berlin.  
Goldner Ring: Hr. Lederhldr. Hausen a. Erfurt. Die Hrrn. Kauf. Gürgens a. Bremen, Hoffmann a. Schweinfurt. Hr. Gutsbes. Krause a. Braunsdorf. Hr. Rent. Göding a. Blankenburg.  
Englischer Hof: Die Hrrn. Kauf. Zeitinger a. Rudesheim, Schmetz a. Potsdam. Hr. Gutsbes. Wehl a. Harburg. Mad. Grolp a. Jörbig.  
Goldner Löwe: Die Hrrn. Kauf. Wermelskirch a. Magdeburg, Thomas a. Naumburg, Mildner a. Chemnitz. Die Hrrn. Stud. Döhlert u. Thiem a. Braunschweig.  
Stadt Hamburg: Die Hrrn. Kauf. Forkel a. Coburg, Ulrich a. Schweinfurt, Hansen a. Hanau, Wischel a. Sangerhausen. Hr. Gutsbes. Dörning a. Brücksdorf. Hr. Partik. Uhlenberg a. Berlin.  
Schwarzer Bär: Hr. Forst-Cand. Horn a. Görlitz. Hr. Defon. Degenförm a. Erfurt. Hr. Sekr. Biermann a. Beeskow. Hr. Kaufm. Rieger a. Hanau.  
Goldne Kugel: Die Hrrn. Kauf. Fuhrmann a. Aschersleben, Meierstein a. Berlin, Leithold a. Frankfurt. Hr. Assessor Droberg a. Stettin.  
Zur Eisenbahn: Die Hrrn. Kauf. Heym a. Nürnberg, Karl a. Leipzig, Meyer u. Grüneberg a. Berlin. Hr. Pred. Pohle a. Amsdorf. Hr. Gutsbes. Altenberg a. Breslau.

### Freie Gemeinde.

Sonntag den 25. März Nachmittags 2 Uhr Vortrag von  
Wislizenus (Grundzüge der „Religion der neuen Zeit“).

In der Strohhut-Fabrik und Bleiche von **Henriette Cohn**, Markt Nr. 739, werden fortwährend Strohhüte aller Art gewaschen, gebleicht und nach der neuesten Façon umgearbeitet, und liegen neue Façon zur gefälligen Ansicht aus.

Alten abgelagerten Barinas à Pfd. 14 Egr., Maryland à Pfd. 14 Egr., Cayenne à Pfd. 10 Egr., Virginien à Pfd. 10 Egr., Rollen- und loosen Portorico à Pfd. 10, 9 u. 8 Egr., Türkischen à Pfd. 10 Egr., gelben Pfälzer à Pfd. 6 Egr., eine Auswahl abgelagerter Packettabacke und Krauttabacke, zum bevorstehenden Osterfeste Colonialwaaren empfiehlt billigst

**F. A. Ziegler.**

Gräfenhaynchen, den 21. März 1849.

Farinzucker à Pfd. 4 Egr. ist zu haben bei

**F. A. Ziegler** in Gräfenhaynchen.

### Betten- und Federverkauf.

Eine große Auswahl neuer, ein- und zweischläfriger Federbetten, für Herrschaften und Gefinde, von den feinsten bis zu den geringsten, sind in bester Güte und zu jedem beliebigen Preis vorrätig.

Neue gerissene böhmische Bettfedern, das U 10, 12, 15, 18, 20 und 25 *l*, und feine Daunnen, das U 1 *R* 5 *l*, sind stets in bester Waare zu haben.

Neue und gebrauchte Kossbaarmatrazen mit Keiltissen sind billig abzulassen, und zwei noch gute birkenne Sopha's, das Stück 9 *R*, sind zu verkaufen.

**M. Lange**, Bett- und Federhandlung,

Halle, Trödel Nr. 768, 3 Häuser vom Roland, dem Bäckermeister Hrn. Jungt gegenüber.

### Ananas

in Blechbüchsen à 20 Egr., empfiehlt als etwas **Ausgezeichnetes**

**Louis Feldmann.**

### Oster-Eier

in diverser Auswahl bei

**Louis Feldmann.**

Eine neue Sendung Englisch-Leinen in ganz neuen Dessains empfing und empfiehlt billigst

**A. F. Bila,**

große Steinstraße Nr. 181.

### Holz-Verkauf.

Montag den 26. März 1849 Nachmittags 2 Uhr

sollen im Rasnitzer Unterforste

circa:

- |                                  |                            |
|----------------------------------|----------------------------|
| 7 Buchen- und Kistern-Nußstämme, | à 6—21' lang 7—21" stark,  |
| 43 Eichen-                       | dergl., à 6—29' = 9—31" =  |
| 8 Aspen-                         | dergl., à 30—37' = 9—12" = |
| 30 Klastern eichnes Brennholz,   |                            |
| 14 Schock dergl. Abraum,         |                            |

öffentlich meistbietend unter den im Termine selbst bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden und wollen sich Kauflustige zur vorbemerkten Zeit auf dem diesjährigen Schlage

hinter der Wesenitzer Mühle

einfinden.

Scheuditz, den 22. März 1849.

Der Oberförster  
Mehow.

Gebauer'sche Buchdruckerei.

### Pferde-Auction.

Eine Fuchs-Stute, 7 Jahr alt, welche, da sie tragend, als Reitpferd nicht beibehalten werden kann, soll am 28. März c. Vormittags 10 Uhr im Gasthof zum Ritter zu Merseburg meistbietend verkauft werden.

Es sind mehrere Wispel **Esparfette**, sowie auch einige Centner **Luzerne** und **Kopfle** billig abzulassen

H. Schröder in Cönnern.

Mittwoch den 28. März Nachmittags 2 Uhr Sitzung des Stumsdorfer Bauernvereins auf der Eisenbahn-Restaurations Stumsdorf.

Frischer Kalk Montag den 26. März in der Kirchner'schen Ziegelei am Klausthor.

### Bad Wittekind.

Morgen, Sonntag, Nachmittags-Concert. Familie Drechsler.

Heute Sch. Man möge sich recht zahlreich einfinden. v. Uri.

### Stadt-Theater in Halle.

Sonntag den 25. März. Zum Erstenmale: **Die Dänen in Holstein**, Original-Schauspiel in 5 Akten von Priem.

### Familien-Nachrichten.

#### Todes-Anzeige.

Nach unaussprechlich glücklicher, leider so kurzer Ehe entschlief gestern Abend sanft und Gott ergeben in Folge einer starken Erkältung mein innig geliebter, braver Gatte, der Stadtrath, Syndikus und Advokat, Herr Friedrich Greulich.

Nur die, welche den theuren Heimgegangenen und das wahre Glück, welches er mir bereitete, kannten, vermögen meinen unersehlichen Verlust, meinen gerechten, tiefen Schmerz zu ermessen; ich bitte um ihre stille Theilnahme, den allgütigen Gott um Trost.

Dessau, d. 22. März 1849.

Anna Greulich,  
geb. Fürstenberg.



## Kammerverhandlungen.

### Zweite Kammer.

Berlin, den 21. März.

Der dritte Absatz in der Adresse bezieht sich auf den Belagerungs-  
stand und lautet:

„Die in Beziehung auf den über die Hauptstadt verhängten Belage-  
rungsstand uns gemachten Vorlagen werden wir mit gewissenhaftem Ernste  
prüfen und uns dabei von der Ueberzeugung leiten lassen, daß wahre Frei-  
heit nicht ohne gesetzliche Ordnung bestehen kann. In Betreff des außer-  
halb der Stadt Berlin über einzelne Orte und Kreise verhängten Belage-  
rungsstandes sehen wir einer weitern Mittheilung Eurer K. M. Regie-  
rung entgegen.“

Der Entwurf von d'Estor und der äußersten republikanischen Lin-  
ken lautet:

„Schmerzlich hat es das Volk empfunden, daß über die Hauptstadt  
und viele Orte des Landes der Belagerungsstand verhängt worden ist,  
die gesetzlich gewährleisteten Grundrechte des preussischen Volks aufgehoben  
worden sind, an die Stelle der Herrschaft der Gesetze die der Gewalt und  
der Willkür getreten ist. Es ist unsre Pflicht, Ew. Maj. zu erklären,  
daß wir die Fortsetzung des Belagerungsstandes an den Orten, wo er  
noch besteht, für unverträglich mit der Rückkehr der Herrschaft der Gesetze  
und der Wohlfahrt des Landes halten, vorzüglich aber in der Hauptstadt,  
wo wir, die Volksvertreter, jetzt unsre für die Zukunft des preussischen  
Volks so wichtige Beratungen beginnen sollen.“

Die Fraktion von Robbertus und Unruh schlug vor:

„Der Belagerungsstand, womit E. Maj. Regierung die errungenen,  
durch das Gesetz geheiligten Freiheiten des Volks in ihrer Hauptstadt und  
in andern Theilen des Landes außer Kraft zu setzen sich veranlaßt sah,  
lastet zu schwer auf dem Rechtsbewußtsein und dem Freiheitsfinne des  
Volks, als daß wir nicht die schleunigste Aufhebung desselben dringend an-  
empfehlen müßten.“

Ueber den Belagerungsstand lagen der Versammlung Petitionen und  
eine Denkschrift des Ministeriums vor, welche den Abtheilungen zur Be-  
gutachtung überwiesen waren. Deswegen ging die Kommission beim Ent-  
wurf der Adresse von dem ganz richtigen Gesichtspunkte aus, daß, bevor  
die Abtheilungen zu einem Resultat gelangt wären, schon aus formalen  
Gründen die Aufhebung des Belagerungsstandes nicht beantragt werden  
könne. Es ließ sich daher vermuthen, daß, wenn auch nicht die äußerste  
republikanische Fraktion von Jung, d'Estor und Waldeck, so doch die über-  
wiegende Mehrheit der linken Seite so viel parlamentarischen Geschick be-  
saße, sich für die Annahme des Entwurfs zu erklären. Denn es ist doch  
wahrlich nichts einleuchtender, als daß eine politische Versammlung, wel-  
che einen wichtigen Gegenstand in ihren Kommissionen verhandeln läßt,  
nicht mitten in diesen Verhandlungen über denselben Gegenstand in feier-  
licher und nicht unverbindlicher Weise ein Urtheil fälle. Es würde sehr  
unpassend und gegen jede parlamentarische Sitte verstößlich sein, wenn in  
der Adresse auf das Materielle der Verfassung eingegangen wäre. Gleich-  
wohl bestand die linke Seite der Kammer darauf, daß in der Adresse,  
während die Abtheilungen noch berathen, ein Urtheil über die Fortdauer  
und Rechtfertigung des Belagerungsstandes gefällt würde. Es braucht  
nicht gesagt zu werden, daß die Absichten der Linken als einer ihrer ge-  
wöhnlichen Verständigungen am parlamentarischen Gebrauch eben so ta-  
delnswerth als in der politischen Unkenntniß der Linken gegründet sind.  
Die Hauptsprecher in der Debatte waren der rheinische Friedensrichter  
Grebcl und Jung von der äußersten Linken. Grebcl sprach in jener  
physischen Erhase, die allemal entsteht, wo der Mangel an Ideen den  
Fehler mit sich führt, von gewöhnlichen Phrasen sich zu leidenschaftlichen  
Aktionen und jener Strohebeisterung hinreißen zu lassen, deren Kom-  
mit stets auf den Redner selbst zurückfällt. Es dürfen daher bei Rednern  
dieser Art Ausbrüche nicht auffallen, wie die folgenden sind: „Im Mit-  
telalter“ — so docirte der ehrenwerthe Abgeordnete Grebcl — „hat be-  
kanntlich das Faustrecht regiert, aber auch damals fiel nicht Jedermann  
über den Andern mit Mord und Brand gewaltsam her; auch das Faust-  
recht hatte seine Grenzen, und das ist eben der Unterschied zwischen dem  
Faustrecht des Mittelalters und der Gegenwart.“ Um dieses Denkmal,  
das der ehrenwerthe Abgeordnete seiner geschichtlichen und staatsrechtlichen  
Einsicht gesetzt hat, wird ihn wahrscheinlich Niemand, auch kein Terriauer,  
vielleicht nur ein Kotheer, beneiden. Ferner sagte der ehrenwerthe Abge-  
ordnete: „die Menschenrechte (?) sind aufgehoben worden, der gilt-  
tigste Beweis ist die Ausweisung des Abgeordneten Robbertus, bei der  
ein Schrei des Unwillens durch ganz Deutschland ging und worauf meine  
Landsleute durch eine dreifache Wahl zum Abgeordneten beantwortet ha-  
ben.“ Die Ausweisung des Robbertus ist demnach ein Beweis für die  
Aufhebung der Menschenrechte. Der Ehrenwerthe hätte doch bedenken  
sollen: exempla illustrant, non probant. Aber lassen wir die leichtfer-  
tige Logik, denn Robbertus ist ja der Inbegriff der Menschenrechte des

Ehrenwerthen. Nach dem Geständniß eines der Linken ist Robbertus fer-  
ner nicht wegen seiner Fähigkeiten, sondern wegen seiner Ausweisung ge-  
wählt. Das wußten wir zwar längst und haben deshalb die Ausweisung  
als einen Fehlgriff bedauert, aber daß die Linke dies bekannt, daß sie sagt,  
er sei gewählt worden, weil er ausgewiesen sei, — das ist denn doch  
überraschend und sicherlich ein etwas zweifelhaftes Kompliment für die po-  
litischen Kapacitäten der Linken. Man kann es Niemanden übel nehmen,  
wenn er künftig durch Ueberschreitungen der gesetzlichen Ordnung den  
Glorienschein des Märtyrers zu erwerben sucht, um einer demokratis-  
chen Wahl sicher zu sein. Indes diese falschen Fechterkünste werden doch  
wohl bei dem Erwachen einer bessern Einsicht im Volke ohne Erfolg  
bleiben, wie sie denn auch in der Kammer erfolglos blieben. Denn das  
Amendement d'Esters wurde mit 187 gegen 143 Stimmen verworfen, auch  
alle übrigen Amendements abgelehnt, dagegen der Entwurf der Kommission  
mit 184 gegen 144, also mit einer Majorität von 40 Stimmen, angenom-  
men. Dabei ereignete sich der wunderbare Fall, daß Robbertus und Ge-  
nossen, die ja eine besondere Adresse vorgeschlagen hatten, dem früher zur  
Entscheidung gebrachten Amendement d'Esters beistimmten, sich also zu  
einer intimen geistigen Verwandtschaft mit der äußersten und republikanischen  
Fraktion bekanneten. Nachdem aber d'Esters Amendement gefallen, stimm-  
ten d'Estor und seine Genossen für Robbertus. Diese gegenseitige Artig-  
keit ist wirklich ein parlamentarisches Nonens, eine Art parlamentarischen  
Ungehueuers. Denn wenn beide Amendements dasselbe sagen, wozu durch  
zweifache Abstimmung ermüden? Wenn sie aber verschieden sind, wie  
konnten denn beide Fraktionen für beide stimmen? Wir begreifen wohl,  
daß, wenn das eine Amendement verworfen ist, man für das demnächstige  
Fremde stimmen kann, aber wie man, ehe der eigne Vorschlag zur Abstim-  
mung gebracht ist, für ein demselben entgegengesetztes, dasselbe unnöthig  
machende Amendement votiren kann, das ist ein Räthsel, welches nur die  
politischen Antecedentien der Herren Robbertus und Unruh lösen können.

## Deutsche National-Versammlung.

Frankfurt, den 21. März.

Die Sitzung wird um 9<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr geöffnet. Die Galerien und Zuhör-  
räume sind wie an den vorigen Tagen wiederum überfüllt. Das Wort  
erhält zuerst:

Römer als Berichterstatter der Minorität I. Bevor der Redner  
zur Tagesordnung übergeht, kommt er noch einmal auf die neuerliche Be-  
hauptung des Abg. Wurm zurück, es habe Württemberg dem Könige von  
Preußen die Krone Deutschlands angeboten, um so mehr, meint er, als  
der Herr Ministerpräsident gestern denselben Punkt berührt habe. Nach  
der Februarrevolution seien in Stuttgart einige Regierungen zusammenge-  
treten, um sich über eine ihren Völkern zu gebende freie Verfassung zu  
berathen. Oesterreich sei nicht dabei gewesen. Metternich habe dort noch  
geherrscht. Zur Erhaltung der Ordnung und zur sicheren Führung der  
deutschen Angelegenheiten habe man vorgeschlagen, dem König von Preu-  
ßen die oberste Leitung derselben in einem Bunde zu übertragen. Allein  
die Behauptung, daß eine Krone ihm angeboten worden, sei irrig. Würt-  
temberg hat sich immer in die Beschlüsse der Nationalversammlung gefügt,  
und wird es auch heute, wenn sie den König von Preußen zum erblichen  
Oberhaupt ernennen werde. (Bravo.) Der Redner kommt auf den Ge-  
genstand der Tagesordnung, und berührt zunächst die vorgeschlagene rasche  
Annahme der Verfassung. Er erklärt sich dagegen. Denn er fürchte kei-  
nen Krieg, er halte ihn für keine Gefahr, er halte ihn für notwendig, um  
der allgemeinen in Deutschland herrschenden Gährung ein Ende zu machen.  
Von dieser Ansicht ausgehend, habe er gegen den Waffenstillstand gestimmt.  
Rußlands Augen seien nicht nach Westen gerichtet; Frankreich werde seine  
Blicke nach Italien, Oesterreich habe mit sich selbst genug zu thun. Man  
habe auch als Grund zur Beschleunigung den schlechten Stand der Ge-  
werbe, den Mangel an Vertrauen, die Minoritätsministerien in den Ein-  
zelstaaten angeführt. Daß der Kredit gesunken, daran sei eben die Furcht  
Schuld. Man fürchte sich nicht, man sprengte keine Gerüchte aus von  
beabsichtigten Revolutionen und das Vertrauen werde zurückkehren. Die  
Centralgewalt habe gewiß alle Vorsichtsmaßregeln zur Erhaltung der Ruhe  
getroffen, Reichstruppen durchziehen seit September das Land, keine Schild-  
erhebung sei möglich, also sei kein Grund zu Mißtrauen gegen die beste-  
henden Verhältnisse. Freilich gebe es Regierungen ohne Minister, allein  
es gäbe deren auch, die zu viel haben. Was die Reaction betreffe, die  
jetzt Jedermann sehe, so zweifle er, daß sie und die Bürokratie durch  
die rasche Annahme der Verfassung werde unterdrückt werden. Seines  
Wissens seien bis jetzt die Grundrechte in dem Lande, dessen König man  
wählen wolle, noch nicht eingeführt. (Links: hört!) Der Redner berührt  
hierauf Oesterreich und die österreichische Note. Er sei vollkommen damit  
einverstanden, daß, wenn Oesterreich auf seinen Vorschlägen bestehe, man  
das Bundesverhältniß mit ihm abschneide. Allein Oesterreich habe sein  
legtes Wort noch nicht gesprochen. Die octroyirte Charte komme vor einem

Jahre nicht zur Ausführung; bis dahin könne sich viel ändern. Dann glaube er, die österreichische Regierung kenne die deutschen Verhältnisse bis jetzt zu wenig, sie werde andere Vorschläge machen, wenn sie dieselben besser kennen gelernt. Er sehe nicht ein, warum man, auch wenn Gefahren drohen, Oesterreich nicht noch eine kurze Frist gönne, und zwar die Dauer einer zweiten Session. Er könne gar keinen Grund zur Beschleunigung finden. Werde Oesterreich jetzt verloren, so sei es für immer verloren; man werde das österreichische Cabinet zu beständigen Machinationen gegen Deutschland innerhalb und außerhalb Deutschlands zwingen, und so trotz Erbkaifer keine Ruhe haben. Das Geschenk des Verfassungsausschusses scheine ihm ein höchst zweifelhaftes zu sein. Dieser wolle die Verfassung der nächsten Versammlung zur Revision vorgelegt wissen, allein dann werde man einen Monarchen mit einem absoluten Veto haben und jede Veränderung erschwert, ja unmöglich sein. Und gesetzt, es wären in derselben wieder viele Gelehrte, die tiefen gewiß keinen Stein daran. (Heiterkeit links.) Dann hätte Deutschland die Aussicht, aus dem Constituirenden nicht herauszukommen. Eine rasche Annahme der Verfassung sehe einer Ueberrumpelung ähnlich und werde beim Volke eine üble Wirkung hervorbringen. Ob denn die Preußen nicht particularistisch seien, dies möge man ihm beweisen. Er behaupte, ganz Preußen sei es, sogar die Rheinprovinz. Nach der Collectivnote würde Preußen im Staatenhause wie im Volkshause das Uebergewicht haben. Man sage, es sei eine große That, die Verfassung rasch zu vollenden und Deutschland Hohenzollern in die Arme zu werfen. Er frage, ob dies eine große That sei? (Bravo links.)

Schüler aus Jena, Berichterstatter der Minorität II, nennt den Antrag, die Verfassung in Bausch und Bogen anzunehmen, einen parlamentarischen Terrorismus, da die Linke in manchen Fragen die Majorität gehabt habe. Nehme man diesen Antrag zurück, so werde eine größere Majorität für den König von Preußen stimmen. Der Particularismus in Deutschland sei ein dynastischer, franker; wohl gebe es auch einen gesunden Particularismus, welcher auf der linken Seite des Hauses vertreten sei. Und jener dynastische Particularismus sei es, welcher den König von Preußen wolle. Auf der linken Seite werden einige Oesterreicher für und einige Preußen gegen den König von Preußen stimmen. Auf der rechten aber werde gewiß kein Oesterreicher für das erbliche preussische Oberhaupt stimmen, es wäre denn der Papst. (Heiterkeit.) Er glaube, daß sich die Preußen nur darum dem deutschen Kaiser unterwerfen, weil man ihren König dazu zu machen gedenke. Der Redner erwähnt hierauf der Möglichkeit, daß durch die Wahl des Königs von Preußen Deutschland in ein Nord- und Süddeutschland zerfallen könne, wenn Oesterreich ausgeschlossen werde. Man behaupte, etwas beschließen zu müssen, was möglich und ausführbar sei, und berücksichtige dabei die Fürsten. Das sei auch eine Art von Devorierung. Der Kaiser werde kein mit demokratischem Veto, sondern nur mit dynastischem Geßalber sein, ein Kaiser der Fürsten, wenn er die Würde annehme; ob man denn glaube, daß er sie direct von der Nationalversammlung übernehme, und nicht zuvor die Fürsten fragen werde. Er werde sich auf die Fürsten und nicht auf das Volk stützen. Diese werden mit ihm gemeinschaftliche Sache machen und die Demokratie niederhalten. Hätte man einen Kaiser machen wollen, der sich auf das Volk stütze, so hätte man einen mittleren Fürsten erwählen sollen, der gezwungen gewesen wäre, sich auf die Demokratie gegen die Fürsten zu stützen. Bei einem solchen hätte man nicht zu besorgen gehabt, daß die Hauspolitik die überwiegende sei. Nichts könne der Freiheit und Einheit gefährlicher sein, als ein Fürst mit einer großen Hausmacht; die Vergangenheit habe dies in Frankreich wie in Deutschland gelehrt. Ob die Belgier darauf eingegangen wären, wenn man ihnen den Herzog v. Nemours mit einigen 100,000 Soldaten geschickt hätte. Das erbliche preussische Kaiserthum werde sonst nichts als eine Asseranzanstalt für die deutschen Fürsten sein, eine Erneuerung des alten Bundestages. Einen Monarchienföderalismus gebe es nicht, auch nicht nach dem constitutionellen Principe. Das Volk wolle die Monarchie nicht, wenigstens nicht die Theorie des Monarchismus, wovon das Volk nichts wisse. Es wolle seine Fürsten nur aus einer persönlichen Anhänglichkeit behalten, und es würde gewiß auch ihre vollständige Beseitigung wünschen, wenn es sehen werde, daß die Monarchie die Einheit nicht zulasse. Aus Ermattung wolle man jetzt den Kaiser machen; man wolle, es wäre Schlafenszeit und Alles wäre vorbei. Es sei zu bedauern, daß man sich auf Ideen stütze, welche im Abnehmen begriffen sind, daß man sich auf das Philisterthum stütze, in welchem kein Fortschritt sei. Er fürchte von Rußland nichts, höchstens gegen die Demokratie. Eine Restauration werde es freilich vorziehen, dergleichen eine andere Form des Oberhauptes in mehreren Personen vorziehen. Woher komme es denn, daß die preussischen Truppen nicht nach Osten zögen, wenn dort Gefahr sei. Der Redner sucht die Versammlung, sich direct der Minorität anzuschließen; durch S. 1. der Majorität sei Oesterreich ausgeschlossen und Oesterreich dürfe ebensowenig ausgeschlossen werden, wie sich selbst ausschließen. Wie im Mittelalter der Confessionsstreit geherrscht, so herrsche jetzt der Streit der Nationalitäten. Die Dynastien haben sonst den Völkern die Namen gegeben. Allein dieses Verhältniß habe aufgehört; man dürfe nicht mehr nach der Theorie der Diplomaten vom Wiener Congresse

fragen, welchem Staate, sondern welcher Nation man angehöre. Er frage, was Deutschland wünschen müsse, ob daß Oesterreich Italien oder daß Deutschland Oesterreich vertiere. Wenn man ein freies Deutschland wolle, so müsse man ein freies Ungarn, Italien, Polen wollen. Die letzte Wiener Erhebung sei eine nationale gewesen, und man hätte sich Oesterreich erhalten, wenn Deutschland seine ganze Kraft dazu angewendet, es zu wollen. (Bravo links.) Er glaube auch, daß die österreichische Gesamtmonarchie in dem jetzigen Ministerium keine Verbindung mit Deutschland anknüpfen dürfe und könne, denn Oesterreich sei ja wieder das Oesterreich der Habsburg-Lothringer, mit der alten Metternich'schen Politik, welche an nichts Theil nehmen, ihre Hände aber überall im Spiele haben wolle; der einzige Ausweg sei, Oesterreich zu holen. Die Macht dazu werde nicht fehlen. Man wolle von Olmütz aus zugleich die deutschen Oesterreicher unterdrücken, Deutschland zerreißen; der Bürgerkrieg könne auch so kommen, allein da halte er es für besser, wenn man zu dem Schrecken des Bürgerkrieges ohnehin gezwungen werde, ihn zu führen, um Oesterreich zu holen, als um es zugleich mit anderen Theilen Deutschlands zu verlieren. Er empfehle den Antrag der Minorität, denn er könne nicht für einen Antrag sprechen, welcher seinem sittlichen Rechtsgefühl widerspreche. (Bravo links.)

G. Rieffer, als Berichterstatter der Mehrheit des Ausschusses: Ich werde bestrebt sein, die Unbefangenheit des Berichterstatters zu wahren, so weit es möglich ist bei eigener Ueberzeugung, ohne welche an der vorliegenden Frage sich zu theiligen Verbrechen ist. Es ist zuerst das Formelle des Vorschlags, daß in einer Abstimmung beschlossen werden soll, angegriffen worden. Die Nothwendigkeit der Beschleunigung hat die große Mehrheit der Versammlung anerkannt. Die Art der Beschleunigung kam in Frage, und es wurde die Abstimmung über die einzelnen Paragraphen ohne Debatte gegen den Mehrheitsantrag vorgeschlagen. Es ist zwischen beiden Vorschlägen zu wählen. Wohin soll eine Abstimmung auf viele Tage hinaus — bei den verlangten vielen namentlichen Abstimmungen führen? Ob sie wohl der Anschauung des Volkes anspricht? Wird aus ihr ein zusammenhängendes ausführbares, mögliches Werk hervorgehen? Der Despotismus hat in der Geschichte oft den Sieg über die Freiheit erlangt; denn er hat die Raschheit und Einheit des Beschlusses für sich. Zeigen wir dem Volke, daß wir den Absolutismus nicht nöthig haben, um einen großen rettenden Beschluß zu fassen. (Beifall.) Die Revision der Verfassung im Einzelnen bleibt vorbehalten. Wenn auch der Staatskünstler im Einzelnen erwägt: in das Volk bringen nur die großen Grundzüge der Verfassung. Diese, wie sie bereits beschlossen worden sind, hat der Ausschuss nicht in Frage stellen wollen. Es ist kein Zweifel, daß der Verfassungsausschuss nach dem neuen Vorschlage für das Reichsoberhaupt ein absolutes Veto beantragt. Ueber diese Abweichung von der ersten Session einige Worte. Als der Ausschuss diese Frage erwog, handelte es sich noch nicht um Annahme der Verfassung in Bausch und Bogen; also war nicht die vermutete Einwirkung vorhanden. Die Regierungen hatten in allen ihren Anträgen das absolute Veto verlangt. Und in der That, so lange es in den einzelnen Staaten existirt, würde bei suspensivem Veto die Reichsregierung nachsehen an moralischer Kraft und Ansehen. Die gründlichsten Bedenken gegen das absolute Veto sprechen auch gegen das nur suspensive. Achter die Regierung nicht das öffentliche Interesse beim suspensiven Veto, so wird dagegen auch das absolute nicht helfen. Man sagt, die Majorität für den Ausschussantrag werde gering sein. Wenn, wo gegen die verschiedenen Einzelheiten sich der Widerspruch in einer Abstimmung zusammenfaßt, doch eine Mehrheit vorhanden ist, so ist diese um so höher anzuschlagen. Eine wesentliche Abänderung des Wahlgesetzes, wie es die erste Abstimmung hervorgebracht hat, wollte der Ausschuss nicht vorschlagen, und konnte es der Versammlung nicht zumuthen, zumal um eine Verständigung zu erzielen. Nur ein Punkt wurde geändert, die Art der Abstimmung. — Ich komme auf die in den Vordergrund sich drängende Frage, auf die österreichische. Vor Monaten hat der Ausschuss in die erste Linie das nationale Band mit Oesterreich gesetzt, und nur wenn dieses nicht sollte darauf eingehen können, sollte nach einem andern Bande gesucht werden, sollte eine Verhandlung nicht mehr über die, sondern außerhalb der Verfassung eintreten. Damals hat eine Minderheit, aber mit glänzenden und erfolgreichen Waffen gegen jenen Vorbehalt (in zweiter Linie) gekämpft, der jetzt in die erste Reihe getreten ist. Man unterscheidet zwischen Volk und Regierung in Oesterreich. Dies ist eine Phrase oder eine Aufforderung zum Bürgerkrieg. Die Regierung ist ein Theil der Erscheinung eines Volkes, welches diesem am wenigsten von Außen entgegengesetzt werden darf. Viele in Europa sind der Meinung, daß die Republik in Frankreich durch eine Minderheit geschaffen worden sei. Was würde Frankreich sagen, wenn ein Cabinet sich herausnehmen wollte, zu sagen, daß Frankreich von einer Minderheit regiert werde? Man hat uns vorgeworfen, daß wir den dynastischen Egoismus der Fürsten unterstützt hätten. Wir haben nie geglaubt, daß in der jetzigen Zeit die Fürsten die einzigen sein würden, welche das Beispiel der Aufopferung geben. Aber wir haben nicht geglaubt, uns auf diejenigen stützen zu können, welche nach ihrem Widerstand gegen die übrigen Gesetze vielleicht auch das hier gegebene Gesetz der Einheit nicht aner-

kennen würden. (Beifall.) Wenn die Fürsten sich gegen die Verfassung auflehnen sollten, glauben Sie nicht, daß die Mehrheit der Versammlung sich tüchtig erweisen werde in dem Kampfe der Civilisation, obgleich sie sich bisher nicht auf die Seite des Kampfes geworfen hat, von der es zweifelhaft war, ob bei ihr die größere Civilisation und Humanität gewesen ist. Ein Redner hat gesagt, nur die Abgeordneten hier seien die Vertreter des österreichischen Volkes. Ist dies so, nun dann haben sie bisher in der Mehrheit das Verfahren des deutschen Volkes gebilligt. Denn diese Abgeordneten haben zu allen Zeiten nur in der Minderheit den Anträgen beigestimmt, welche eine gewaltsame Intervention in Oesterreich wollten. (Stimmen: sehr richtig!) Wenn, wie sich gezeigt, die deutsch-österreichischen Lande, selbst Tirol, die Einmischung mit Entrüstung zurückgewiesen haben, so hat, glaube ich, die Mehrheit der hiesigen Versammlung genügenden Grund dafür gehabt. Auch der Verfassungsentwurf in Kremier hat auf Deutschland keine Rücksicht genommen. Man will auch diejenigen Stimmen in Anschlag bringen, welche, weil die Kreise nicht vertreten waren, nicht abgegeben wurden. Sie könnten mitzählen, wenn nicht um deswillen nicht gewählt worden wäre, weil jene Kreise von Deutschland nichts wissen wollten. Unrecht aber wäre, nachdem dies der Fall gewesen, ihnen einen moralischen Einfluß zu gestatten. Die österreichischen Abgeordneten wurden willkommen geheißen, wenn sie erschienen. Wollte aber jetzt noch einer eintreten zur Entscheidung, und könnte die Berechtigung juristisch bejaht werden, so würde keinesfalls je das positive Staatsrecht so sehr in Widerspruch gestanden haben mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes. (Beifall.) Doch die Bevölkerungen sind zu reblich, um das Wahlrecht so zu mißbrauchen. Man hofft noch auf eine weitere Aeußerung Oesterreichs, auf das Zugeständniß eines allgemeinen Volkshauses. Ist aber dieses möglich? Wehe dem Lande, wo zu dem Haß der Parteien noch derjenige der einzelnen Völker kommt. Wir haben eine Probe im Kleinen gehabt. Deutschland hat Unglück gehabt mit seinen Stammesgenossen. Die Stämme im Westen sind weggefallen, mit Fremden gegangen im Kampfe für die Freiheit. Hätte Oesterreich die Völker im Osten denselben Weg geführt, dann hätten sie vielleicht jetzt den gleichen Weg mit uns gehen können. Aber wie sie nun stehen, können wir sie nicht aufnehmen, ohne das eigene Haus zu gefährden. Die Freiheit bedarf bei uns der Sorgsamkeit und der Mäßigung, damit sie erhalten werde. Flüsse die Freiheit bei uns in vollem Strom, um auch andere daraus zu tränken, so könnte man die Aufnahme wagen; so aber bedarf bei uns die Freiheit noch sorgfame Pflege. Man beruft sich auf das Beispiel Preußens, wo Ost- und Westpreußen aufgenommen worden ist. Wir können aber das Haus nicht öffnen, um fremde Schaaren eindringen zu lassen. Man weist auf die materiellen Interessen hin. Man gebe den materiellen Interessen, was ihnen

gebührt, aber auch dem Charakter, was ihm gebührt. Ueber materielle Interessen kann man verhandeln, nicht über den Charakter. Auch die deutschen Staaten im Norden, die nicht zum Zollverein gehören, haben besondere materielle Interessen. Es wäre ihnen vortheilhafter, wegen dieser zu verhandeln, als sich der Einheit der Gesetzgebung zu fügen. Aber sie werden jene opfern, da ein nationales Band vorhanden ist. (Beifall.) Werden aber die Oesterreicher das Opfer der materiellen Interessen tragen, für die vorgeschlagene Verbindung, wo sie nicht deutsch, zum Theil nicht einmal österreichisch sein wollen?

### Theater in Halle.

Mittwoch, den 21. März. „Jopf und Schwert“, vaterländisches Originalluftspiel in 5 Akten von C. Guckow. Uns jeder weiteren Bemerkung über die Mängel und Vorzüge dieses viel besprochenen Kindes der Guckowschen Muse enthaltend, beschränken wir uns einfach auf das Referat über die Leistungen des Abends. Herr Bredow (Friedrich Wilhelm I.) wurde für sein durchdachtes und tüchtiges Spiel durch den Beifall des Publikums belohnt, nur hätten wir ihm eine etwas consequentere Durchführung seiner dankbaren Rolle gewünscht. Mad. Reißland (Königin) blieb hinter unserer Erwartung zurück, wogegen Fr. Franke (Wilhelmine) wie gewöhnlich, recht gefiel. Auch von Fr. Köchel (Sonnsfeld) würde dies in noch größerem Maße der Fall gewesen sein, wenn man nicht immer gefürchtet hätte, das geschwähzige Mäulchen werde die ganze Rolle auf einmal herunterplaudern, oder die Füße der muntern quecksilbernen Hofdame würden sich zum Jubel des Paradieses in die lange Krobe verwickeln. Recht ergötzlich war der ewig combinirende Paase-Seckendorf. Weniger gefiel Hr. Knorr als Erbprinz von Baireuth und noch weniger Hr. Brichet (Hötham), der zuweilen mit verzweifelter Anstrengung und bedenklicher Verzerrung der Gesichtsmuskeln die Worte hervorriß. Decoration und Costüme waren durchaus angemessen, und nur über die eigentliche Wesenheit des Trinkstoffes beim Tabaccollegium hörte Referent einige gerechte Zweifel laut werden. A. J.

Berichtigung. In dem Theaterberichte in Nr. 68. ist verdruckt: „Schlappende Mimotomie“ soll heißen „Schleppende Monotonie“!

### Neueste Nachricht.

Berlin, d. 22. März. Die Entlassung der Reichs-Minister v. Gagern und v. Peucker ist angenommen. (D. R.)

### Bekanntmachungen.

Nothwendige Subhastation.  
Land- u. Stadtgericht Delitzsch.  
Die im Dorfe Rabuz gelegenen den Gottlieb Holzweißig'schen Erben gehörigen Bauergüter:

1) das Gut Nr. 5, abgeschätzt mit dem Inventar auf 3957 R<sup>th</sup> 26 S<sup>gr</sup> 11 L<sup>h</sup>, und nach Wegfall des Inventars auf 3495 R<sup>th</sup> 26 S<sup>gr</sup> 11 L<sup>h</sup>;

2) das Gut Nr. 10, ohne Wohn- und Wirtschaftsgebäude, abgeschätzt auf 2088 R<sup>th</sup> 27 S<sup>gr</sup> 9 L<sup>h</sup> sollen

den 24. Mai e.,

Vormittags 11 Uhr,

in dem erstgenannten Gute zu Rabuz, jedes besonders, oder auch nach Befinden beide Güter zusammen, und zwar ohne alles bewegliche Inventar, an den Meistbietenden verkauft werden.

Laxe und der neueste Hypothekenschein können in unserer Registratur eingesehen werden.

Engl. Roman-Cement empfehle ich in bester frischer Waare zu billigem Preise.  
Ferd. Stahl Schmidt.

Den Empfang seiner neuen Façons von feinen  
**Visites und Mantillen,**  
so wie den Empfang von feinen **Mouffeline de laine** und französischen **Jaconets** zeigt einem hochgeehrten Publikum hiermit ganz ergebenst an  
**Heinrich Stephany,**  
Neunhäuser.

Wir beabsichtigen 500 Klaftern trockenes, gesundes Kiefernholz, à 108 Cubicfuß, wovon

200 Klaftern nach dem Bahnhof Cöthen, und

300 Klaftern nach dem Bahnhof Bückau

geliefert werden sollen, anzukaufen.

Lieferungslustige ersuchen wir, ihre Anerbietungen binnen 14 Tagen bei uns einzureichen.

Magdeburg, den 19. März 1849.

Directorium der Magdeburg-Cöthen-Halle-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft.

### Frischer Kalk

Montag und Dienstag den 26. und 27. März in der Siebichensteiner Amtsjegerei.

Ein Pianoforte von 6 Octaven ist billig zu verkaufen Moritzkirchhof Nr. 608 eine Treppe hoch.

Sehr schöne große hochrothe **Apfelsinen** und **Citronen**, in Kisten und einzeln zu auffallend billigen Preisen, **Kranz- und Tafelzigen** und **Dadeln** bei **G. Goldschmidt**.

Sehr starken ger. **Aheinlachs**, **russischen** und **Hamburger Caviar**, große **Lüneburger**, **Pommersche** und **Ahein-Neunaugen** in 1, 2 u. 3 Schock-Faß, sehr große **Bratheringe** in Fäßchen von 80 bis 90 Stück, **geräuch. Lachsheringe** und **Kappelsche Bücklinge** empfiehlt billigt **G. Goldschmidt**.

Beste **Gothaer**, **Braunschweiger** und **Jenaer Serelatwurst**, **Zungenwurst**, **Knoblauchwurst**, **Gothaer Knackwürstchen** mit und **Knoblauch**, **westphälischen** rohen und **abgekochten Schinken**, **Strasburger Blafenschinken** und **pommersche Gänsebrüste** billigt bei **G. Goldschmidt**.

Sehr fetten **Schweizerkäse**, **Kräuter- und Parmesan-Käse**, große **Zimburger** und **baierische Sahnenkäse** billigt bei **G. Goldschmidt**.

Alle Sorten **holländische** und **engl. Vollenheringe**, wie auch **Madjes-Peringe** in bekannter bester Waare empfiehlt billigt in **Tonnen**, **Schocken** und einzeln **G. Goldschmidt**.

Ein **Kellner-Bursche** findet ein **Unterkommen** bei **H. W. Preis** in **Trotha**.

Fetten saftreichen **Schweizer Käse à Pfd. 7 Sgr.**, **Kräuter-Käse à Pfd. 7 Sgr.**, **Holländ. Süßmilch-Käse à Pfd. 4 Sgr.**, besten **Parmesan-Käse à Pfd. 10 Sgr.**, **Aechten Zimburger Käse à Stück 7 1/2 Sgr.**, **Schweizer Sahnenkäse à Stück 6 Sgr.**, **Rahm-Käse à Stück 5 Sgr.**, bei **Abnahme** von **Mehreren** billiger **empfang** **Carl Kramm**.

Einige **Wispel Sommerweizen** sind zu verkaufen. **C. Pokelt**, **Klausthor**.

**Gesucht**. Zwei mit guten Zeugnissen versehene **Hofmeister**, die mit **Pferden** und **Geschir** wohl umzugehen wissen und etwas von **Stellmacherarbeiten** zu machen verstehen, können auf dem **Rittergute Tümppling** zu **Dstern d. J.** gute **Anstellung** finden.

Ein junger gebildeter **Deconom**, **Sohn** eines **Rittergutsbesizers**, wünscht von **Dstern d. J.** ab eine **Verwalterstelle** bei einem **tüchtigen Landwirth** ohne **Gehalt** zu übernehmen.

**Frankirte gefällige Adressen** werden in der **Expedition** des **Couriers** unter **P. 24** höflichst erbeten.

Eine **Partie Delfuchen** verkauft, um damit zu räumen, das **Schock 2 1/3 Rf.**; desgl. **Stücken à Schock 240 R 2 1/4 Rf.**

**Gustav Hartwig**, **Seilermeister**, **Klausthor**.

Ein junges **Mädchen** aus **anständiger Familie** sucht zum **1. April** oder zu **Sothanni** ein **passendes Unterkommen** als **Bedienungsmoisell**. Zu **erfragen** **Brüderstraße Nr. 202**.

Ein **gut gehaltener Wiener Flügel** steht zu verkaufen **Nr. 1067**.

**3** noch gute **Schenschränke**, **4** **Essschränke** mit und ohne **Glasthüren**, **2** große **Mehlkästen**, **1** **Futterkasten** und mehrere ein- und **zweithürige Kleiderschränke** sind **billig** zu verkaufen **Steinstraße Nr. 173**.

**Pianoforte**, **neue** und **gebrauchte**, letztere auch zum **Vermiethen**, empfiehlt **Steingraber & Comp.**, **Halle**, **Barfüßerstraße Nr. 90**.

Ein **ausgezeichnet gutes Violoncello**, sowie ein **kleines für Anfänger**, verkauft **Steingraber & Comp.**

**Mess. Apfelsinen**, **à Stück 1 1/2 Rf.** u. **1 1/4 Rf.**, die **schönsten Mess. Citronen**, **100 Stück 1 Rf 25 Rf**, **Speckbücklinge** von **besonderer Größe** und **Güte** empfiehlt **F. Eppner**.

## Verpachtung.

**4** große **Boden** nebst **3 Kellern**, nicht weit vom **Getreidemarkt** gelegen, sind **so gleich** zu **vermiethen**. Das **Nähere** bei **H. Delschig**, **Leipzigerstraße Nr. 320**.

## Verpachtung.

**Endesgenannter** beabsichtigt seine **hier selbst gelegene Kunst-, Waib- und Schönfärberei**, verbunden mit **Schwarzfärberei** und **Druckerei**, nebst den dazu gehörigen **Lokalitäten** und **dem zur Färb- und Druckerei gehörigen vollständigen Geräthe**, von **Dstern** dieses **Jahres** ab, auf **6** oder **12 Jahre**, aus **freier Hand** unter **sehr billigen** und **annehmbaren Bedingungen** zu **verpachten**. **Pachtlustige** können die **Bedingungen** hier **einsehen**, oder **aber auch** gegen **Erstattung** der **Kopialien** **übersendet** erhalten. **Düben**, den **13. März 1849**.

**F. D. Wahlis**.

## Leihhaus-Auction.

Der **gerichtliche Verkauf** der **verfallenen Pfänder** aus den **Monaten September, October, November** und **December 1847**, **Januar** und **Februar 1848** findet am **16. April** dieses **Jahres** und **folgende Tage** **Nachmittags** von **2 Uhr** ab in **unserem Geschäftslokale** große **Märkerstraße Nr. 456** statt.

Die **Erneuerung** der **verfallenen Pfänder** ist **nur bis zum 30. März** zulässig. **Halle**, den **8. Februar 1849**.

**Flöthe & Comp.**

**Sonntag Concert** in der **Weintraube**. **Stadt Musikchor**.

**Dietrich**, **Bandagist**, **Leipzigerstraße**, empfiehlt **Bandagen** jeder **Art**.

**Müssen**  
für **Herren** und **Knaben**, **sehr elegant** und **nach den neuesten Façons** gearbeitet, empfiehlt unter **Zusicherung** der **solidesten Preise** **Carl Pötsch**, **Brüderstraße** neben dem **Kaufmann Herrn Pintus**.

**Heute** **Nachmittags 1 1/2 Uhr** **Fortsetzung** der **Humme'schen Auction**. **Brandt**.

Ein **gutes Pianoforte** ist für **15 Rf** zu verkaufen an der **Halle Nr. 808**.

Ein **ordentlicher Mensch**, welcher mit **Pferden** umzugehen **weiß** und **sich Hausarbeiten** unterzieht, findet **so gleich** ein **Unterkommen** große **Klausstraße Nr. 895** im **Laden**.

**Akazien**, **wilde**, verkauft **H. W. Preis** in **Trotha**.

# Extra-Blatt zu Nr. 70 des Couriers.

**Halle, d. 24. März.** In der 191. Sitzung der deutschen National-Versammlung in Frankfurt sind sämtliche Anträge zu dem vom Abg. Riesser Namens des Verfassungs-Ausschusses erstatteten Bericht, den Welcker'schen Antrag betreffend, soweit sie nicht zurückgezogen wurden, abgelehnt, nur der Antrag von Eisenstuck wurde angenommen. Er lautet:

„In Erwägung: 1) daß die Abstimmung in Bausch und Bogen über den vorliegenden modificirten Verfassungsentwurf, ohne specielle Abstimmung über dessen einzelne Theile, das freie Abstimmungsrecht aufheben und das Gewissen der Volksvertreter verlegen würde;

2) daß aber bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands die schleunigste Vollendung des Verfassungswerkes als eine gebieterische Pflicht der Volksvertretung erscheint, beschließt die Nationalversammlung:

**I.** Ueber den vorliegenden modificirten Verfassungsentwurf wird einschließlich aller Minoritätsanträge des Ausschusses ohne weitere Discussion und ohne Zulassung fernerer Verbesserungsanträge mit Ausnahme solcher, welche mindestens 50 Unterschriften haben, durch Abstimmung über die einzelnen Paragraphen Beschluß gefaßt.

**II.** Die Abstimmung erfolgt in der vorliegenden Reihenfolge mit Ausnahme des Abschnitts III. der Verfassung, das Reichsoberhaupt, welches zuletzt zur Abstimmung kommt.

**III.** Die Abstimmung wird sofort begonnen und in fortlaufenden Sitzungen das Verfassungswerk in der vorgezeichneten Weise vollendet.“

Unterstützt von: Nagel aus Balingen. Berger. Schott. Frisch. Köhler. Schlutter. Mayer. Nauwerck. Mammen. Junghanns. Dieskau. Wöhler. Demel. Schaffrath. Stark. Pfahler. Tafel aus Stuttgart. Bogt. Günther. Trampusch. Strache. Hensel. Ißstein. Zimmermann aus Spandow. Marek. Levysohn. Bernbach. Rheinwald. Sachs. Heisterbergk. Spak. G. Gulden. Geigel. Hagenmüller. Stockinger. Meyer aus Liegnitz. Grubert. Pattay. Rägele. Huck. Reinhard (zuerst für Tagesordnung und event. für obigen Antrag).

Der Antrag wird mit 282 gegen 246 Stimmen angenommen.

Am Schlusse der Sitzung erklärte der Vorsitzende, daß er eine Mittheilung des interimistischen Präsidenten des Reichsministeriums dem Hause zu machen habe. Hr. v. Gagern meldet, daß das Gesamtministerium sammt den dazu gehörenden Unterstaatssecretären ihre Entlassung eingereicht haben und dieselbe in Erwägung der vorgebrachten Gründe von Sr. kais. Hoh. dem Erzherzog Reichsverweser angenommen worden ist. Das Ministerium habe ferner dem Reichsverweser seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, bis zur Ernennung eines neuen Ministeriums seine Functionen interimistisch zu versehen.

Um die Abstimmungen in dieser Sitzung der Reichsversammlung zu charakterisiren, muß daran erinnert werden, daß von 115 Abgeordneten aus Oesterreich einhundertundzehn anwesend gewesen sind.

**(Den ausführlichen Bericht werden wir in der morgenden Nummer des Couriers geben.)**

Gebauer'sche Buchdruckerei.

